

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpaletige Standardzeile 80 Pfennig...

Erhalten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion 2402-2403 Verlag: 2404-2407

Dienstag, den 11. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Tiefdruck-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Die Sozialdemokraten verlassen den Saal!

Protest gegen den Zollraub und die Entwürdigung des Parlaments. Das Rumpfparlament nimmt die Zollvorlage in zweiter Lesung an.

Die Zollmehrheit des Reichstages krönte gestern ihre Durchsetzungspraxis mit einem äußersten Gewaltakt. Sie beantragte, über alle Abänderungsanträge der Opposition zu Tagesordnung überzugehen...

Als Protest gegen diesen Gewaltakt verließ die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Sitzung des Reichstages.

Zur Begründung dieses Schrittes gab Genosse Wels im Namen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

„Wir Sozialdemokraten haben ein starkes Gefühl für die Würde des Parlaments. Während der letzten Wochen hat die Partei das wiederholt ausgesprochen und sie hat sich mit Hingebung aller Kräfte der vielen Ausgaben unterzogen, die dem Parlament in der letzten Zeit gestellt waren. Ernste und sachliche Arbeit ist von uns bisher unter den schwierigsten Verhältnissen und sogar unter der Verhöhnung der Rechtsparteien geleistet worden (Sehr wahr! links).“

Uns ist Demokratie etwas Heiliges. Hier findet jetzt eine Entwürdigung der Demokratie

statt. Was hier verfolgt wird, ist keine ernsthafte Beratung, das ist das Wirken einer stumpfsinnigen Majoritätspolitik. Hier herrscht rücksichtsloser Machtwille, der darauf hinausgeht, die Lasten des Weltkrieges auf die Schultern der breiten Volksmassen abzuwälzen, die schon die schwere Not des Krieges und der Inflation zu tragen gehabt haben.

Man mutet uns zu, diese Gesetzesvorlage, die so tief in die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes eingreift, in wenigen Tagen zu verabschieden, nur weil das Haus angeblich nicht länger zusammenzuhalten ist. Für uns ist das kein ausreichender Grund, die Pflicht des Parlaments, sorgfältige Arbeit zu leisten, außer acht zu lassen; um so mehr halten wir an unserem Standpunkt fest, als die Annahme des Zollgesetzes von Ihnen (nach rechts) selbst als ein Schritt ins Ungeheure bezeichnet wird. Angehts Ihrer gewaltsamen Pläne können wir jetzt nur erklären, daß Sie (nach rechts) vor aller Welt die Verantwortung allein tragen wollen für diese Gesetzesvorlage.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich an der Fertigstellung dieses Gesetzes nicht beteiligen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)“

Nach dieser Erklärung des Genossen Wels verließen die Sozialdemokraten geschlossen den Saal. Einige Demokraten schlossen sich ihnen an. Ueber dem Saal lag eine lähmende Stille. Kein Zuruf wurde laut.

Nach einer Erklärung des Kommunisten Koenen vollzogen auch die Kommunisten ihren Auszug. Links vom Mittelgang sah nur noch eine schmale Reihe von Demokraten. Fast der halbe Saal war leer, das Bild eines Rumpfparlaments trat eindrucksvoll in Erscheinung.

Die Stimmung der Mehrheit war sichtlich tief gedrückt. Sie sank noch tiefer, als Graefe für die Böttischen seine Bedenken gegen das Vorgehen der Mehrheit aussprach, noch den Protest der Demokraten gegen die verübte Rechtswidrigkeit anmeldete.

Herr Fehrenbach hielt für die Mehrheit eine Verteidigungsrede, die wir aus diesem Munde lieber nicht gehört hätten, obwohl sie gerade nicht übermäßig klang. Gedämpft, fast feilsch versuchte der einstige Reichstagspräsident — anders als der gegenwärtige, der Genosse Löbe, der vom Präsidentenstuhl aus auf das Bedenkliche des Vorgangs hingewiesen hatte — das Verhalten der Mehrheit zu begründen. Nur an einer Stelle wurde Herr Fehrenbach etwas lebhafter, als er sich gewohnheitsgemäß mit einer Geste an die Linke wandte und sein Blick auf leere Bänke stieß. Da wurde auch ihm bewußt, daß der Reichstag zum erstenmal in seiner Geschichte durch das Verfahren, das er jetzt verteidigte, zu einem Rumpfparlament geworden war...

An der Abstimmung, in der sich dann die Mehrheit für die Abwürgung aller Anträge der Opposition entschied, nahmen die Demokraten zum Zeichen ihres Protestes nicht teil. Vom Zentrum blieben mehrere Abgeordnete, unter ihnen Joss und Lamers sitzen.

Das Begräbnis der parlamentarischen Rechte hat sich nach der Grabrede Fehrenbachs auch wie ein Begräbnis vollzogen.

Mit ihrer Erklärung und ihrer Tat hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen das Vorgehen der Mehrheit in der denkbar schärfsten Form Verwahrung eingelegt und vor dem ganzen Volke Anklage erhoben.

Das war die Antwort auf die unerhörten Gewalttaten der Zollmehrheit, die im Verlaufe der Zollberatungen Gewalt auf Gewalt gehäuft hat. Ueber die Gesinnung dieser Zollmehrheit war längst kein Zweifel mehr. Sie wollte nicht die ordnungsgemäße Erledigung der Zollvorlage, wie es dem Geiste der wahren Demokratie entspricht. Sie wollte die Unterwerfung der parlamentarischen Opposition, die Unterwerfung des ganzen Volkes unter den brutalen Diktatwillen eines engen Gruppeninteresses. Diese Zollmehrheit, die Vertreterin egoistischer Besitzinteressen gegen die Interessen des Volkes und der deutschen Volkswirtschaft hat gestern am Ende der Einzelberatung eine äußerste Gewalttat zu ihren bisherigen Gewalttaten gefügt.

Sie hat einen Antrag eingebracht über alle Abänderungsanträge zu den §§ 1-7 der Zollvorlage zur Tagesordnung überzugehen. Sie hat den Willen der Opposition zur sachlichen Mitarbeit, den Versuch, diese Zollvorlage nach Möglichkeit zu verbessern, unmöglich gemacht. Sie wollte die Opposition ausschließen von der verantwortlichen Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit.

Nach der Annahme dieses Antrages blieb nur noch übrig, die Vorlage der Interessenten und der sie unterstützenden Regierung en bloc anzunehmen — ohne Abänderung einschließlic des berichtigten verfassungsändernden § 3a, der der Regierung die Ermächtigung gibt, in der deutschen Zoll- und Handelspolitik zu diktieren nach ihrem Gutdünken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion konnte die Verwirklichung dieses Willens nicht mehr verhindern.

Jetzt galt es, vor dem ganzen Volke zu demonstrieren, daß dieser Beschluß der Zollmehrheit ein Akt der Gewalt, ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden und verbrauchenden Massen in Deutschland ist. Jetzt galt es die Stimme der Empörung und des Protestes lauter zu erheben als es durch die Abgabe des Stimmzettels gegen den Diktatwillen des Zollblocks möglich ist.

Die stärkste Fraktion hat geschlossen das Parlament verlassen. In ihrer Abwesenheit hat eine Mehrheit von Interessenten den Triumph eines engen Gruppeninteresses über das nationale Wirtschaftsinteresse zum Gesetz erhoben. Dieser Schritt zeigt dem deutschen Volke, daß die Zollmehrheit des Reichstages wahrhaft demokratische Gesinnung, die Sorge um die Wohlfahrt der Massen des Volkes, um die Zukunft der Wirtschaft brutal unter die Füße getreten hat.

Der Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist wahrhaft demokratischer Gesinnung, der Liebe zum Geist der Demokratie und der demokratischen Verfassung entsprungen. Denn die Gewalttat der Zollmehrheit bedeutet nicht nur einen Anschlag gegen die Lebensinteressen des Volkes, bedeutet nicht nur den Sieg wirtschaftlicher Unvernunft — sie ist der Ausfluß einer reaktionären politischen Gesinnung, die mit dem Geist der Demokratie nichts mehr zu tun hat. Jawohl, der Zollblock hat eine Mehrheit im Parlament, aber er hat diese Mehrheit in den Wahlen nicht erkämpft, indem er seine Zollpläne offen als Programm gestellt und um sie gekämpft hat. Er hat diese Mehrheit in den Wahlen gewonnen mit einer Politik des Betruges und der Hinterlist. Er hat nicht gewagt, offen im Plenum des Reichstages seine Zollpläne zu begründen und um sie zu kämpfen. Er hat in der Wahl die Mehrheit gewonnen durch einen Volksbetrug im großen Stile. Er hat im Parlament mit brutaler Gewalt die Interessen der hinter ihm stehenden Gruppen durchgesetzt, indem er die Mitwirkung der Opposition in der Gesetzgebung bewußt ausschaltete.

Dieser Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ruft dem deutschen Volke zu: Hier ist ein Anschlag gegen den Geist der demokratischen Verfassung! Ein formeller Vorstoß gegen die Vorschriften der Verfassung, da eine einfache Mehrheit des Reichstages der Regierung ein Ermächtigungsgesetz in die Hand geben will, das eine Verfassungsänderung darstellt, ein Vorstoß gegen den Geist der Verfassung durch die Rundlotmachung der Opposition, durch ihre Ausschaltung von verantwortlicher parlamentarischer Arbeit.

Ungewöhnliche Gewalttat der Zollmehrheit des Reichstages hat den ungewöhnlichen Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorgerufen. Bergewaltigt im Parlament durch eine brutale, bedenkenlose reaktionäre Interessentpolitik, wendet sich die stärkste Fraktion des deutschen Reichstages an das ganze Volk. Sie ruft nicht nur zum Protest, sie ruft zum Kampf. Dieses Gesetzgebungswort, das auf dem Wege eines Diktates der Mehrheit des Reichstages entstanden ist, darf nicht von Dauer sein! Um dieses Gesetzgebungswort wird weiter gekämpft werden, trotzdem die Mehrheit des Reichstages es beschlossen hat.

Nun gilt es den Kampf gegen die reaktionäre politische Gesinnung, die diese Zollvorlage und diese Gewalttat der Zollmehrheit hervorgerufen hat. Nun gilt es den Kampf gegen die reaktionären Parteien und gegen die Rechtsregierung, die als Organ der Zollinteressenten funktioniert hat.

Nun gilt es den Kampf der bedrohten Arbeiter- und Verbrauchergruppen. Eine schwere Krise, Not und Entbehrung droht im Gefolge dieser Gesetzgebung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft den Massen des Volkes zu: Ursache für das was kommt ist das Diktat der wirtschaftlichen Unvernunft der Zollmehrheit. Ihr müßt euch zur Wehr setzen. Kämpft gegen den Versuch, eure Lebenshaltung herabzudrücken! Ihr dürft euch nicht vererben lassen! Die Zollmehrheit hat den Kampf gewollt, die Verantwortung für die kommenden sozialen Kämpfe ruht auf dieser Mehrheit.

Die Zollparteien des Reichstages haben den Bogen bis zum äußersten gespannt. Die Demonstration der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die Antwort. Sie ruft dem ganzen Volke zu: Der Kampf ist nicht zu Ende. Er entbrennt erst recht. Er wird fortgesetzt werden bei der Beratung der großen endgültigen Zollvorlage. Er wird neu entbrennen bei der Debatte um jeden handelspolitischen Schritt der Zollregierung, bei jedem Versuch, von der verfassungswidrigen Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Dieser Kampf wird nicht enden, bis eine neue Entscheidung des Volkes die Abrechnung mit der Interessendiktatur und der Politik der Gewalt bringt!

Die entscheidende Sitzung des Reichstages.

Vor dem Gewaltstreik der Zollmehrheit wurde die Aussprache zur zweiten Lesung der Zollvorlage zu Ende geführt.

Abg. Krähig (Soz.):

Die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, in der etwa zwei Millionen Menschen erwerbstätig sind, muß mit der größten Sorgfalt behandelt werden. Was aber die Regierung mit den Textilzöllen vorschlägt, muß

die Existenz dieser Industrie bis zur Unertügllichkeit erschweren.

Das volkswirtschaftliche Ziel müßte sein, den Export konsumfertiger Waren für die Verbraucher zu fördern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß der Exportindustrie bei der Lieferung der Vorprodukte alle nur denkbaren Produktionsvereinfachungen gegeben werden. Die Zollvorlage geht den umgekehrten Weg, sie sorgt am meisten für die Produktionsgruppen, die dem vollendeten Produkt am entferntesten stehen. Man gewährt den Spinnern hohe Garnzölle, damit sie ihre Lasten auf die weiterverbrauchenden Industrien abwägen können.

Die Behauptung, daß die Webereien mit den höheren Garnzöllen einverstanden sind, ist un wahr. Sie haben sich alle dagegen ausgesprochen, mit Ausnahme der Webereien, die eigene Spinnereien haben oder Konzernen mit Spinnereien angehören. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Garnzölle sollen nur dazu dienen, um die reinen Webereien niederkonkurrieren und die Existenz der

hochwertigen Exportwarenbetriebe zu erschüttern. Das ist keine Befundung unserer Wirtschaft, das ist eine Protektionspolitik für das Kapital zum Schaden der Arbeiter. Wir sind aber fest davon überzeugt, daß auch hier wieder der Tag kommen wird, wo die Mehrheit des Volkes auf unserer Seite stehen wird und wir werden dafür Sorge tragen, daß wir so bald wie möglich mit dieser Politik abrechnen können. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Krenker (Komm.) wendet sich gegen die Automobilzölle.

Abg. Bartsch (Dem.) führt aus, das Handwerk werde auf das schwerste geschädigt durch die Verteuerung der notwendigen Rohstoffe im Zolltarif.

Dann wendet sich das Haus der Besprechung der Uebergangsvorschriften, des Ermächtigungsparagraphen und der sozialen Bestimmungen der Vorlage zu.

Abgeordnete Frau Sender (Soz.): Das Verhalten der Mehrheitsparteien wird draußen als symbolisch dafür eingesehen werden, in welcher Weise die durch die Opposition vertretenen Volksinteressen niedergehalten werden sollen. Sie sind nur deshalb auf den Boden der Erfüllungspolitik getreten, weil Sie meinen,

die Lasten auf die breiten Massen abwälzen zu können. Sie (nach rechts) halten es nicht einmal für nötig, Ihre eigenen Anträge zu begründen. Alle Preise sollen erhöht werden, nur die Preise der Ware Arbeitskraft will man auf ihrem bisherigen Stande erhalten. Dazu kommt der Wunsch nach Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und der Abbau der sozialen Gesetzgebung. Wo war denn bisher Ihre (nach rechts) soziale Arbeit. Sie verlangen, daß ein Kompromißantrag, der am Sonnabend erst fertiggestellt wurde, am Montag bereits erledigt werden soll. Wir wenden uns ganz entschieden dagegen, daß der Reichstag dadurch ausgeschaltet wird, daß man der Regierung die Ermächtigung zu eigenem Vorgehen erteilt. Wir haben noch nicht einmal erfahren, wann die angelegentlichsten Einfuhrzölle wieder eingeführt werden sollen. Sollten sie wiederkommen, dann dürfen sie nur zur Einfuhr von Getreide verwendet werden. Mit dem Tropfpreis für Sozialhilfebedürftige werden die Rechtsparteien keinen Eindruck bei der Bevölkerung machen.

Diese Vertoppelung von Wucher und sozialer Fürsorge halten wir für unverantwortlich. Wir haben nachgewiesen, wie schon die Agrarzölle sich auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung auswirken werden. Die Sprache des Zolltarifs wird draußen deutlich verstanden werden. Die Klassengegnerschaft werden sich verschärfen und dann wird das Gericht über Ihre Politik abgehalten werden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Breitfeld (Soz.): Wer die bisherige Debatte mit objektivem Blick verfolgt hat, wird nicht behaupten können, daß der Geschäftsordnungsantrag der Rechtsparteien auf Beschränkung der Redezeit sachlichen Gründen entspringt. Es hat sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt, daß es unmöglich ist, auch nur das Notwendigste in dieser kurzen Zeit zu dieser Vorlage zu sagen. Bei den Regierungsparteien war nichts anderes maßgebend als der Wunsch, dem Reichstag ein Diktat in der denkbar kürzesten Zeit aufzulegen, mag auch die sachliche Arbeit darüber zum Teufel gehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Von der Regierung ist uns immer wieder gesagt worden, daß die Zollgesetzgebung den Zweck habe, feste und sichere Grundlagen für die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches zu schaffen. Damit steht im Widerspruch der auf Antrag der Deutschnationalen eingefügte § 3a, wonach die Reichsregierung ermächtigt werden soll, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben. Die Regierung soll also in die Lage versetzt werden,

mit Hilfe einer anderen Instanz den Zolltarif jederzeit abändern zu können.

Die Regierung hat immer wieder erklärt, sie müsse etwas in der Hand haben, um bei den Vertragsverhandlungen abhandeln lassen zu können. Von Hause aus handelt es sich um Maximalsätze, und um davon herunterzugehen, bedarf es keinerlei Ermächtigung für die Regierung. Sie kann das tun, ohne das Plenum zu berufen, ohne eine andere Instanz in Anspruch zu nehmen. Mit dieser Praxis machen Sie aber das Gegenteil von dem, was die Regierung vorher gesagt hat. Sie schaffen keine feste und sichere Grundlage, sondern Sie bringen neue Unsicherheit in die deutsche Zoll- und Handelspolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Trotzdem heißt es immer noch

in der Begründung des Gesetzes, daß man damit aus der Unsicherheit herauskommen wolle. Von größter Wichtigkeit ist nun dieser § 3a nach der verfassungsmäßigen Seite. Hier soll ein Gesetz geschaffen werden, gleichzeitig erhält aber die Regierung die Ermächtigung, ein neues Gesetz zu schaffen, ohne dazu erst den Reichstag hinzuzuziehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie schaffen damit ein Verordnungsrecht, für das in der Weimarer Verfassung die Grundlagen fehlen.

Der Abg. Ehrenbach hat sich einmal in einer Geschäftsordnungsdebatte auf einen Präzedenzfall vom 15. August 1922 berufen. Schon damals bestanden die größten Bedenken, aber man hatte doch dazu eine sachliche Rechtfertigung, damals war die Zeit der schlimmsten Inflation, die Zölle mußten dem sinkenden Geldwert angepaßt werden, um damit die Zahlungsbilanz zu retten. Jetzt aber haben wir eine stabile Valuta. Der Redner zitiert die Artikel 6, 8 und 68 der Reichsverfassung, nach denen das Reich und der Reichstag das alleinige Gesetzgebungsrecht haben. Der Artikel 77 enthält zwar ein Verordnungsrecht, aber nur für die Ausführung ordnungsmäßig beschlossener Gesetze. Es ist also nicht möglich einen Ausschuss zu schaffen und ihm die Vollmacht zu geben, zusammen mit der Regierung Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Ein solcher Ausschuss ist keine von der Verfassung vorgesehene Instanz. Wenn Sie etwa den handelspolitischen Ausschuss zu dieser Instanz machen wollen, so würden Sie einen gelegentlichen Faktor zu schaffen suchen, dessen Bestand zweifelhaft ist. Wenn der Reichstag vertagt ist,

dann ist dieser Ausschuss überhaupt nicht vorhanden.

Die Regierung hat also keine Instanz, an die sie appellieren kann. Zuletzt muß noch daran erinnert werden, daß die Verfassung für die Gesetzgebung gewisse einschränkende Möglichkeiten vorsieht. Der Reichspräsident kann sein Veto einlegen, die Minderheit kann einen Volksentscheid herbeiführen. Aber alle diese Einschränkungen gelten nur für ordnungsgemäß zustandegekommene Gesetze. Alles das fällt weg, wenn die weitere Ausführung des Zolltarifs auch einem Ausschuss übertragen werden soll. Keine Ausführungen bedenken sich im wesentlichen mit der Stelzennahme des Justiztages von Amberg vom Jahre 1921, dessen Vorsitzender der Abg. Rahl war. (Der Abg. Rahl nicht dazu.) Im Ausschuss ist gelacht worden, wir müssen endlich die vergifteten Zollkämpfe aus dem Plenum herausbringen. (Hört, hört! bei den Soz.) Warum hat man denn nicht den ganzen Zolltarif mit Hilfe des § 3a gemacht?

Schließlich noch ein Wort an das Zentrum:

Wir haben uns in den letzten Tagen wiederholt auseinandergesetzt. Aber ich darf wohl feststellen, daß auch Sie noch auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen. Sie müssen also diesen verfassungsmäßigen Bedenken Rechnung tragen. Wir haben über den Begriff der Demokratie immer noch die Auffassung des Abg. Wirth, wonach er sich bei Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite der Arbeiter schlagen würde. Wir werden ja in der Lage sein, vor den Arbeitern unsere Auffassungen darzulegen. In diesen Wirtschaftsfragen stellt sich das Zentrum aber auf die Seite derjenigen, die die Wirtschafts- und Handelspolitik nicht mit der Sozialdemokratie zusammen machen wollen. Ich hätte gewünscht, daß Sie auch in den Wirtschaftsfragen mit den Verfassungsparteien zusammengearbeitet hätten. Hier wird der Versuch unternommen, eine Diktatur aufzurichten. Das sollte das Zentrum doch den Gegnern der Republik allein überlassen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) teilt die rechtlichen Bedenken gegen den Ermächtigungsparagraphen und lehnt ihn ab. Auch wirtschaftlich bestünden erste Einwendungen gegen diese Ermächtigung, die im Effekt nichts anderes als die Einführung von Berechtigungsstellen bedeuten, obwohl die Rechtsparteien Berechtigungsstellen abgelehnt hätten.

Abg. Dr. Röhrenberg (Komm.) schließt sich der Auffassung des Abg. Dr. Breitfeld in der Frage des Ermächtigungsparagraphen an und lehnt ihn als verfassungswidrig ab.

Abg. Hoerne (Komm.) lehnt insbesondere die beabsichtigte Verschärfung des Bekleidungsartikels ab. Die Zölle für Fleisch bedeuten ein Attentat auf die Gesundheit besonders der Industriebevölkerung. Sie wären ein Raubzug und objektiv ein Mord an den Arbeiterkindern und den Kranken.

Abg. Kädel (Komm.) bezeichnet schon die Formulierung des „Wohlfahrtsparagraphen“ als bewußtes Täuschungsmanöver. Ausdrücklich wendet sich der Redner gegen die private Fürsorge, insbesondere die Zurverfügungstellung von 10 Millionen aus den Zolleinnahmen für die Kirche, deren Verwendung niemand kontrollieren könne.

Abg. v. Goldacker (Dnat.) stellt fest, daß der Abg. v. Gräfe die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Antrag v. Gräfe auf Wiedereinführung der Mindestzölle für Getreide unrichtig wiedergegeben habe. Damit ist die Besprechung sämtlicher Abschnitte der Zollvorlage erledigt, und es soll nunmehr zur Abstimmung kommen.

**Der Abwürgungsantrag der Mehrheit.**

Eingegangen sind folgende Anträge der Regierungsparteien: 1. Zum Zollgesetz über alle Anträge, die zu den §§ 1-7 des Gesetzes gestellt sind, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafte Rufe links: Unerhört! und Psst-Rufe!)

2. Die zu den Tarifpositionen gefassten Ausschlußbeschlüsse in einer einzigen Abstimmung anzunehmen. (Große Unruhe links und Rufe: Psst! Unerhört!)

Präsident Ebbe bemerkt zu den Anträgen: Im § 4e unserer Geschäftsordnung heißt es über die zweiten Beratungen: „Die Einzelbesprechungen erfolgen der Reihenfolge nach, ebenso jede Abstimmung. Den Beschluß macht die Abstimmung über den Text und die Einleitung. Nach Schluß jeder Einzelbesprechung wird abgestimmt.“ Diese Bestimmung wird dann in § 42 folgendermaßen ergänzt: „Ueber mehrere Paragraphen oder Teile eines Gesetzesurteils kann gemeinsam abgestimmt werden; über Staatsverträge wird nur im ganzen abgestimmt.“ Dieses Wort „gemeinsam“ wurde bisher dahin aufgefaßt, daß wir die Abstimmung nicht, wie es § 4e vorschreibt, nach dem Schluß jeder Einzelbesprechung vornehmen müssen, sondern zusammenfassen können am Schluß der Beratung eines ganzen Gesetzes oder von Teilen desselben, aber

nicht dahin, daß in einer einzigen Abstimmung alle Anträge und Paragraphen erledigt werden können.

Das ist aber eine Frage der juristischen Auslegung. Jedenfalls wird ein Streit darüber jetzt nicht durch juristische Belehrung geschlichtet werden können. Der besondere Abjaj über Staatsverträge scheint mich in meiner Auffassung zu betätigen. Ich habe dieser Auffassung im Kellertentat Ausdruck gegeben, ohne irgendeinen Widerspruch zu finden. (Lebhafte: Hört, hört! links. Widerspruch rechts.) Ich habe wenigstens von einem Widerspruch nichts gehört. Ich glaube kaum, daß in diesem Augenblick jemand noch überzeugt werden kann und werde die Entscheidung durch Abstimmung vornehmen lassen.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.): Der Herr Präsident hat besonders aufmerksam gemacht auf den zweiten Satz des § 42 „über Staatsverträge wird nur im ganzen abgestimmt“. Wenn ich nun den vorausgehenden Satz nehme, wonach über mehrere Paragraphen oder Teile eines Gesetzes gemeinsam abgestimmt werden kann, und wenn es dann heißt, „über Staatsverträge wird nur im ganzen abgestimmt“, so folgt zwangsläufig, daß das Wort „im ganzen“ synonym ist mit „gemeinsam“. Ich möchte auf das Vorgehen von 1902 hinweisen (auf links: Ein schönes Muster!), wobei auch über eine große Anzahl von Positionen gemeinsam abgestimmt wurde. (Abg. Scholten ruft: Der Geist v. Kardorffs geht um!)

Bei den Kommunisten entsteht ein großer Lärm, da ein Kriminalbeamter sich an einer der Eingangstüren zum Sitzungssaal zeigt.

**Eine Verwahrung Löbes.**

Präsident Löbe: Ich will darauf hinweisen, daß damals, im Jahre 1902, nicht die Paragraphen des Zolltarifs in einer Abstimmung zusammengefaßt wurden, sondern im Gegenteil die Positionen als Anlage zu dem ersten Absatz des § 1 des Zollgesetzes galten. Über auch gegenüber dieser Handlungsweise hat der damalige Präsident Graf v. Ballestrem ausdrücklich seine Bedenken erklärt (hört, hört! links) und außerdem diesen Bedenken Ausdruck gegeben dadurch, daß er sich bei der namentlichen Abstimmung der Stimme enthalten hat. (Lebhafte: Hört, hört! links.) Ich erinnere auch an den Kommentar Jungheims, der eine Rechtfertigung der Bedenken des Präsidenten enthält. Außerdem hat der Antragsteller v. Kardorff selbst erklärt, daß sich der Reichstag in einer Kollage befunden hätte. Daraus geht hervor, daß sowohl der Präsident als der Kommentator Bedenken hatten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) nimmt Bezug auf das, was 1902 geschah. Damals lag der Fall ganz anders. Wir haben das Vorgehen der Mehrheit von der sozialdemokratischen Fraktion aus auf das schärfste bekämpft. Damals aber hat es sich immer nur um die Anlagen gehandelt.

Was jetzt gemacht werden soll, ist ungeheuerlich. Der Antrag liegt nicht einmal gedruckt vor. Ueber alle Anträge zu §§ 1 bis 7 soll zur Tagesordnung übergegangen werden:

## Dreifig unbekannte Böcklins.

In der Nationalgalerie (nicht im „Kronprinzenpalast“) sind seit Sonnabend nicht weniger als 31 neuentdeckte Bilder von Böcklin ausgestellt, die seit 74 Jahren keines Menschen Auge gesehen hatte, außer den unwissenden Besitzern in Chicago. Der ausgezeichnete Kunstkritiker Dr. Hans Wendland hat sie entdeckt und ihrer alten Heimat wieder zugeführt. Einige der schönsten sind schon in den Besitz der Nationalgalerie übergegangen.

Allerdings, unsere Vorstellung von Böcklinscher Kunst wird hier auf den ersten Blick gänzlich über den Haufen geworfen. Es sind richtiggehende „Bedeutungen“, d. h. ortstreue Studien aus der Umgebung Roms und der neapolitanischen Küste, die 1850 und 1851 in Rom gemalt und dann im Block an zwei reisende Amerikaner 1851 aus dem Böcklinschen Atelier verkauft wurden.

Aber diese Studien füllen eine Lücke in unserer Kenntnis von Böcklins Entwicklung aus und sind auch an und für sich bedeutsame Werte eines „Deutsch-Römers“ von 1850. Wir besaßen aus der ersten selbständigen Zeit Böcklins bisher nichts als einige Zeichnungen nach der Natur. Diese Bilder offenbaren uns, wie der 23jährige Basler die südländische Welt angeschaut hat, bevor seine gestalten-schaffende Phantasie sie zu der romantischen Mythologie umschuf, die wir aus seinen Pan- und Meerbildern, Seeräubern, Kämpfern und Kentauern kennen.

Einige Sachen hat er als „verkaufsfähige Ware“, als Bedeutungen im eigentlichen Sinne gemalt. Der junge Künstler mußte eben auch leben. Sie sind gut gemalt, viel besser als die üblichen Italienerlandschaften, sie verraten unbedingt die Klasse des Böcklin. Aber das, was die Sammlung interessant macht, sind ganz andere Qualitäten. Das Wunder geschieht, daß dem Anfänger bei dem Bemühen, die Landschaft Italiens getreulich wiederzugeben, sein junges Genie dazwischenfährt; daß wir mit einem heißen Schauer den Böcklin der kommenden Jahrzehnte schon hier entdecken. Da gibt es Farben, jählings aufleuchtend, die niemals in der Natur vorkommen, die rein der Phantasie des Romantikers entspringen; da wird die Landschaft so geheimnisvoll großartig, ihr Märchenhaftes steigt so abnungslos auf, daß wir gar keine Einbildungskraft brauchen, um sie mit Faunen und Rajaden, mit Prometheus, Pan und Seeräubern zu bevölkern.

Sauberhaft ist der Anblick des werdenden, blendend im Ähnen künftiger Größe. Die Göttin der Liebe taucht aus dem unergründlichen Schoß des Meeres auf. Woher das Genie kommt, das seine Welt des Ungeheuren leibhaftig verkörpert wird — hier ahnen wir es vor den Versuchen eines kaum der Akademie entronnenen „Meisterschülers“.

Dr. Paul F. Schmidt.

**Aufführung der Philosophischen Akademie?** Die Vorstandschaft der Philosophischen Akademie in Erlangen hat beschloffen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen und auf die Tagesordnung unter anderem die Auflösung der Philosophischen Akademie zu setzen da der Vorstand die Vermeidung des Fieles der Akademie, die Zusammenarbeit der verschiedenen philosophischen Richtungen oder Länder nach den gegebenen Verhältnissen, und auch auf der jetzigen finanziellen Grundlagen nicht mehr möglich erscheint.

## Aufführung von Schönlanks Chorwerk.

Das Räthsel und noch räthselhafter Erlebnis des Hamburger Jugendbundes war die Aufführung des Schönlankschen Chorwerkes. Sein überaus glücklicher Erfolg hat entscheidende Bedeutung. Mit dieser Aufführung hat der Gesangschor endgültig seinen Fuß in der proletarischen Welt errungen. Er wird sich zu einem künstlerischen Ausdrucksmittel der Massenbewegung entwickeln.

Die dunkelste Nacht ließ das auf grünem Plan weit gelagerte Heer der Hunderttausend nicht überbliden. Erwartung gitterte über der Menge. Da, von erhöhtem Postamente, zwischen jügend flackernden Flammenschalen, einlamer Ruf nach Gemeinschaft, Verbindung. Von einem grauen Chor antwortet nur schwächliche Pulslosigkeit. Aber gegenan, mit lauchendem Triumphlied, helle Jugend, von Siegesfreudigkeit beschwingt. Doch, wenn die Rot hereinbricht, Zwietracht und Selbstsucht in ihrem Gefolge, dann warten auch die mutigen Reichen. In grauem Hohlgelänge rücken, von rotem Flammengestrichel wird überleuchtet, die wibrigen Gewaltigen gegen die helle Jugend, sie zu bezwingen, und in gewaltiger Steigerung stürmen Krieg, Mord und Tod in ihrem Gefolge, von dumpfem Trommelrollen begleitet, gegen die Dämme der Liebe.

Haltet Stand, O, haltet Stand! Blinder Hoff will euch zerstreuen! Ruft, ruft den jungen Tag!

So mahnen von oben mit beschwörendem Wort die Sprecher und laut übergestülpter Ruf, wilder Trommelwirbel und Hofsgehr. Und er kommt, der junge Tag! Von fern dröhnt, mitten durch schredlichen Ansturm, Posaunenschall: Hoffnung, Erlösung und siegende Fanfare! Zurück stutet die drohende Welle. In Rauch erlöset ihre zuckende Flamme und aus dem Dunkel schreiet, von fern her, durch eine breite Gasse, inmitten der Lagernden, ein stimmendes Fackelheer und trägt aus nächstlichem Dunkel, hoch gerichtet, eine Wand roter, purpurroter Fahnen. Und von allen Seiten strömen sie herbei, in den fläulichen Fahnenkäufe, an denen im Winde die roten Lächer flattern. Hell leuchten zuckende Fackellinien, in ihrem Lichte wallt, zu großer Bewegung, das ungezähnte Heer der Fahnen, rot wie Herzblut, und ihre goldenen Spitzen gleichen in die Nacht. Und aufschauend der jubelnde Chor der Jungen:

Du Jugendtag, Du Tag der Flammen, Du Tag, der alles Volk veröhnt, Wir singen dir mit Zungenstimmen! Zu einem Chöre schlag zusammen, Du Jubel, der die Welt durchdröhnt!

Und von hohem Postamente rufend, in die barrende Menge der Hunderttausend hinein:

„Erhebt euch von den Flägen, Ein Riesenheer, ein Riesenmund!“ Und wehender Wind trug über die Lande in die dunkle Nacht den herrlichen Weltchoral: „Seid umschlungen, Millionen! Diesen Ruf der ganzen Welt! Brüder, überm Sternenzelt Ruht ein lieber Vater wohnen.“

Und dann machtlos, trotzig und sieghaft die harten Rhythmen der „Internationale“.

Dieser Augenblick schuf ein Volk, ein Heer. Dieser Song war Gelbbliss, war Weihe. Wir reichten uns die Hände.

Und überwältigt vom starken Erlebnis, dankte Bruno Schönlanck, den die Begeisterung auf die Posaemen gerissen hatte, der müßigen Hingabe, die aus dem Werk solch gewaltige Schöpfung hatte erstehen lassen. Und noch einmal lang die brüderlich vereinte Masse unser Lied, Hermann Kaudius: „Wenn wir schreiten Seit an Seite“, Und sieghaft, hoffnungsbekwingt, verlangen die letzten Worte:

„Mit uns zieht die neue Zeit!“ Richard Berner.

**Das künstlerische Lehramt an höheren Schulen.** Durch den Erlass vom 22. Mai 1922 ist angeordnet worden, daß von den Bewerbern und Bewerberinnen für das künstlerische Lehramt, die auch auf einem wissenschaftlichen Gebiet als Hauptfach oder Zusatzfach eine Prüfung ablegen wollen, Meldungen für das von ihnen gewählte Fach bereits nach Vollendung des sechsten Studienhalbjahrs entgegenzunehmen sind. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, bestimmt der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Ergänzung dieser Anordnung, daß auf die vorgeschriebenen sechs Studienhalbjahre auch solche Halbjahre anzurechnen sind, während deren die Bewerber an den Kunstakademien in Kassel, Königsberg, Düsseldorf, der Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau und der Kunstschule in Berlin-Schöneberg sowie der akademischen Hochschule für Musik und der Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin-Charlottenburg studiert haben, wenn sie gleichzeitig an den einschlägigen Vorlesungen und Übungen einer Universität auf ihrem wissenschaftlichen Gebiet teilgenommen haben. Die Schüler der Kunstakademie in Kassel und Düsseldorf müssen darüber hinaus mindestens zwei Semester nur dem Studium des wissenschaftlichen Gebiets auf einer Universität gewidmet haben.

**Keine Eva.** Die Verfasserin des in dem Artikel „Goethe über Berlin und die Berliner“ („Unterhaltung und Wissen“ Nr. 373) genannten Buches „Goethes Berliner Beziehungen“ legt Gewicht auf die Feststellung, daß sie nicht Eva, sondern Erna Arnhold heißt.

**Der neue Generaldirektor der Staatsbibliothek.** An Stelle des am 1. Oktober in den Ruhestand tretenden Geheimrats Dr. Willa ist der Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. R. R. zum Generaldirektor der Preussischen Staatsbibliothek ernannt worden.

**Die Internationale Gesellschaft für Neue Musik.** Seltlich Deutschland hat in ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung ihren neuen Vorstand gewählt. An Stelle des auscheidenden Professors Dr. Adolf Weismann ist Wilhelm Jurjüngler zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Stellvertretende Vorsitzende sind Professor Dr. Hermann Springer und Philipp Trenz.

**Alkohol und Sterblichkeit.** Eine amerikanische Lebensversicherungsgesellschaft hat eine besondere Abteilung für Totalabstinente eingerichtet. Sie läßt es für erwiesen, daß die Unfallsterblichkeit die Sterblichkeit permutiert und will deshalb den Totalabstinenten die Prämien um 25% Prozent ermäßigen.

Vom § 7 ab liegen Anträge der Regierungsparteien vor. Da also soll das übliche Verfahren stattfinden. (Hört, hört!) Bei den Anträgen der Opposition dagegen soll

#### Gewalt vor Recht

gehen. Es soll der Minderheit das Recht genommen werden, zu ihren Anträgen etwas zur Begründung zu sagen. Ein solches Verfahren ist in diesem Hause noch nicht dagewesen. § 42 der Geschäftsordnung gibt dazu nicht das Recht. Wie können Sie im Namen — denn das ist es doch! — die Abstimmung vornehmen. Der Geist der Geschäftsordnung wird dadurch verewaltigt. Man hat gesagt, die Handelsverträge müßten abgeschlossen werden. Wenn wir im Herbst wieder zusammentreten, werden wir ja sehen, wieviel Verträge abgeschlossen sind. (Sehr richtig! links.) Man scheint es ja darauf anzulegen, das Geschäft zu vereiteln. Ich brauche nicht an die Ründigung des spanischen Handelsvertrages und an die näheren Umstände daran zu erinnern. Wenn eine Postlage vorhanden ist, so ist schuld daran das Verhalten der Regierungsparteien. Abg. Dr. Breitscheid hat schon darauf hingewiesen, daß ein Ermächtigungsgesetz eingeschmuggelt ist. Es muß hier durch Abstimmung festgestellt werden, wie das Haus darüber denkt. Es liegt ein schäblicher Mißbrauch der Mehrheit vor.

Abg. Koch (Dem.): Die juristische Seite ist schon durch den Präsidenten wie durch den Vorredner hinreichend begründet. Es ist eine haltlose Konstruktion, wenn man das Wort „gemeinsam“ als „im ganzen“ auslegen will. Dann würde der Gesetzgeber wohl das allgemein übliche Wort „im ganzen“ gewählt haben. Gerade wenn man verschiedene Ausdrücke gewählt hat, so besagt das, daß man auch etwas Verschiedenes sagen wollte. Warum ist man seit 1902, in welcher Zeit es doch sicher ähnliche Fälle gegeben hat, bis jetzt nicht zu einer solchen Auslegung gekommen? Man hat eben eine Scheu gehabt gegen eine Interpretation, die unhaltbar ist. Sie (nach rechts) sollten doch wirklich noch einige Stunden Zeit haben. Sind Sie denn in einem solchen Maße geistige Zwillingbrüder geworden, daß über jeden Antrag in Bauisch und Bogen gerichtet wird. Man muß aus dem Protokoll ersuchen können, wie sich die einzelnen zu den Anträgen stellen. Man kann doch nicht deswegen hier so vorgehen, weil eine Handvoll Kommunisten Schwierigkeiten gemacht hat. Ich protestiere feierlichst dagegen, daß die Geschäftsordnung in solcher Weise ausgelegt wird, und halte an der Meinung fest, daß auch unter Ihnen (nach rechts) sich jemand finden müßte, der derartige Vergewaltigungen nicht mitmacht.

Es folgt eine Erklärung des Abg. Wels, die wir an der Spitze des Blattes geben.

### Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Koenen (Komm.) bezeichnet das Vorgehen der Rechtsparteien als einen Ueberfall auf die Minderheit. Daß es sich um einen solchen Ueberfall handelt, geht daraus hervor, daß die Herren Scholz und Gen. im Kellerterrat kein Wort davon gesagt haben.

Die Kommunisten klatschen Beifall und verlassen dann mit dem Ruf „Nieder mit der Zollmehrmehrheit!“ geschlossen den Saal.

Abg. v. Graefe (Völk.) hält es für berechtigt, wenn die Mehrheit von ihrer Macht gegen die Opposition Gebrauch macht. Es sei aber nicht zu rechtfertigen, wenn auch die Abstimmung der politischen Anträge abgelehnt wird.

Abg. Jehrenbach (Z.) sucht nachzuweisen, daß die Geschäftsordnung doch das Verfahren der Regierungsparteien zulasse. Das sollten auch die Demokraten einsehen und im Saale bleiben.

Abg. Koch-Besler (Dem.) bleibt dabei, daß das Vorgehen der Regierungsparteien schon bei den Steuererläsen und noch mehr bei der Zollvorlage mit wahren Parlamentarismus nichts zu tun habe. Die Demokraten würden sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Bei der Abstimmung über die Anträge erheben sich die Mitglieder der Regierungsparteien mit Ausnahme mehrerer Zentrumsgesandten.

Die gesamte Zollvorlage wird in der Gesamtstimmung in zweifacher Beratung angenommen.

Um 11 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Zollvorlage, die zweite und dritte Beratung der Amnestievorlage und die Beratung verschiedener Handelsverträge.

### Eine berechtigte Beschwerde.

Der kommunistische Abgeordnete Schüb hat dem Präsidenten des Reichstages folgende Beschwerde zugestellt:

Ich danke Herrn Präsidenten des Reichstages!

Ich erhebe hiermit schärfsten Protest gegen die Behandlung meiner Person bei meinem Hinzuworf auf dem Reichstag. Als die Kriminalbeamten eintraten, verlangte ich von dem Führer derselben den Ausweis, wonach er befugt sei, meine Ausweisung vorzunehmen. Als Antwort darauf stürzten sich drei von den Kriminalbeamten auf mich und schlepften mich gewaltsam aus dem Sitzungssaal. Ein Kriminalbeamter stieß mich schon im Sitzungssaal mit dem Fuß in den Rücken; ein anderer Beamter forderte seine Kollegen auf, fester zuzupacken, und ich wurde daraufhin an den Händen gefesselt, so daß der Arzt mehrere Fleischquetschungen an den Armen feststellen konnte. Als die Tür zum Sitzungssaal zugemacht wurde und ich mich mit dem Beamten hinter derselben befand, setzten sofort weitere Mißhandlungen ein. Ich wurde auf Kopf und Rücken geschlagen. Außerdem wurde ich bis an die Portalstreppe mit Fußstößen traktiert. Besonders angebracht wurden die Beamten noch dadurch, daß sich hinter dem Plenarsaal Abgeordnete der Rechten und Regierungstreter aufgestellt hatten, die dem Beamten fortgesetzt zuriefen: „Immer fester drauf! Haut ihn! Das ganze Geschindel müßte man an die Wand stellen! Führt doch richtig zu, die Bande verdient es nicht anders!“ usw. Man hätte mir nicht Zeit gelassen, meine Aktentasche, die sich an meinem Platz im Sitzungssaal befand, mitzunehmen. Als ich im Portal 2 einen Beamten ersuchte, daß man mir die Tasche bringen solle, gab man mir zur Antwort, ich könne noch ein paar in die Presse bekommen.

Ich glaube kaum, daß der Reichstag sich mit solchen Behandlungsmethoden seiner Abgeordneten einverstanden erklären kann und ich fordere vom Herrn Präsidenten die sofortige Einstellung einer Untersuchung mit dem Ziel, eine Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen. gez.: Schüb.

### Verwilderung der Gesinnung.

#### Die Rechtspresse gegen Verfassung und Reich.

Die Stellungnahme der deutschnationalen Presse zum Verfassungstag bewegt sich auf einem unsagbar niedrigen Niveau. Im Ton der Gasse sucht sie die republikanische Gesinnung und die Farben der Republik zu verunglimpfen. Es handelt sich nicht nur um eine Verwilderung des Stils, sondern um eine Verwilderung der Gesinnung. Der „Lokal-Anzeiger“ sprach vom Kummel der Verfassungsfeier, die „Börzenzeitung“ unterstellt den deutschnationalen Ministern und dem Reichspräsidenten, daß sie die Rolle Kahr's für ganz Deutschland spielen wollten und sich in diesem Sinne an der Verfassungsfeier beteiligen:

„Wenn morgen Hindenburg, Dr. Luther und die übrigen schwarzweihrot gelinnten Minister in Reich und Ländern ihre amtlichen Plätze einnehmen, so dienen sie dem großen Gedanken einer friedlichen Umwälzung.“

Die Verfassung offiziell feiern, und gleichzeitig den Sinn darauf richten, sie umzuwerfen — das ist jene Charakterlosigkeit und Unehrlichkeit, die in Bayern nicht nur zum politischen, sondern auch zum moralischen Zusammenbruch des Regimes Kahr geführt hat. Verwilderung der Gesinnung ist es, dem Reichspräsidenten und den deutschnationalen Ministern

# Das Garantiekompromiß im Werden.

## Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London.

Paris, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse veröffentlichte am Sonntag einen aus London datierten, aber zweifellos vom Quai d'Orsay stammenden Ueberblick aus dem Meinungsaustausch zwischen Paris und London in der Garantiefrage. Es berichtet zunächst, daß die französische Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli, die Briand dem englischen Außenminister unterbreiten wird, voraussichtlich sehr kurz sein und sich unter Richtigstellung gewisser deutscher Auffassungen darauf beschränken dürfte, zu erklären, daß

Frankreich die Periode der Diskussionen über die Garantien als geschlossen und den Zeitpunkt für eine direkte Aussprache für gekommen ansieht.

Die deutsche Regierung werde deshalb zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt eingeladen werden, in direkte Verhandlungen mit den Alliierten zu treten. Es bestätigt sich also, daß die französische Regierung ihren Widerstand gegen die von London und Brüssel vorgeschlagene Einberufung einer Konferenz, an der auch Deutschland auf dem Fuße voller Gleichberechtigung teilnehmen wird, fallen gelassen hat.

Den Hauptgegenstand der Londoner Besprechung wird, wie das Communiqué weiter mitteilt, die Festsetzung der Basis für die Verhandlungen mit Deutschland bilden. Zu diesem Zweck haben beide Regierungen jetzt einen Entwurf zu einem Garantiepakt vorbereitet, und der eine dieser beiden Entwürfe — ob es der englische oder der französische ist, wird nicht gesagt — soll als Grundlage für die Redaktion eines gemeinsamen Textes dienen, der aber den Anregungen des fallengelassenen Entwurfs weitgehend Rechnung tragen werde. Dieser gemeinsame Text werde als Diskussionsbasis mit Deutschland dienen und die Grundlage des diplomatischen Instruments bilden, das die endgültige Regelung der Sicherheitsfrage zwischen den Alliierten und Deutschland bringen werde. Die weiteren Ausführungen der halbamtlichen Verlautbarung lassen sich dahin zusammenfassen, daß in der Frage der von Deutschland gegen den Artikel 16 der Völkerbundcharta geltend gemachten Vorbehalte die französische Note in ausdrücklicher Einvernehmen mit London an der

#### Forderung des bedingungslosen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

festhalten, der deutschen Regierung aber die Möglichkeit offen gelassen wird, ihre Bedenken und Reserven gegen die aus dem Artikel für Deutschland resultierenden militärischen Verpflichtungen in Genuß selbst geltend zu machen. (Dazu braucht ein Völkerbundsmittglied natürlich gar keine Erlaubnis anderer Mitglieder! Red.) In der Frage der Garantie der stillschweigenden Schlichtungsverträge durch Frankreich haben die zwischen London und Paris bestehenden Differenzen noch nicht ausgeglichen werden können. Das Foreign Office hat sich hier die deutsche Argumentation zu eigen gemacht, daß Frankreich im Osten nicht zugleich Partei und Richter sein könne, während der Quai d'Orsay nach wie vor für Frankreich im Falle eines Konflikts im Osten das Recht zu spontaner Intervention unter Beiseiteschiebung des Völkerbundes fordert.

Aus dem gemündeten Text des Communiqués gewinnt man den Eindruck, daß man versuchen wird, sich auf eine Formel zu einigen, die Polen und der Tschechoslowakei im Falle ganz bestimmter

am Vorabend des Verfassungstages diese Bestimmung zu unterstellen.

Eine Verwilderung der Gesinnung in nationaler Hinsicht aber spricht aus dem hysterischen Geschrei der „Kreuzzeitung“ über den Verfassungstag. Wir rechnen nicht über die ausgesuchte Gemeinheit ihres Tones, wir registrieren, daß sie die Gelegenheit benützt, um den Verfassungstreit in den „Deutschen Volksbund“ zu tragen, der den Zusammenschluß Deutschlands und Deutsch-Osterreichs zu Groß-Deutschland dienen soll. Dieser Versuch zeigt nicht nur von Verwilderung der Gesinnung und von Gegnerschaft gegen den großdeutschen Gedanken, er ist ein Zeugnis und deutscher Gesinnung. Der Jorn der „Kreuzzeitung“ richtet sich gegen Schwarzrotgold und Weimarer Verfassung, nicht nur um des demokratischen Gedankens willen, sondern vor allem deshalb, weil sie das Ganze des Reiches, die Gewähr für die deutsche Einheit darstellen. Diese Zeitung ist reichsfeindlich. Sie hat am Ende der vergangenen Woche offen ausgesprochen: Borussia necesse est, Germania non necesse — Preußen muß sein, Deutschland muß nicht sein! Mit zynischer Offenheit wirft diese Zeitung dem Reich, den süddeutschen Ländern den Handschuh ins Gesicht. Sie wollen nicht Deutschland, nicht Großdeutschland und nicht Kleindeutschland, sie wollen nur Preußen, und das geschichtliche Geschick der übrigen Länder ist ihnen gleichgültig. Aber sie nennen sich deutschnational.

Das ist ihre Gesinnung, die weder auf das Reich noch auf die Nation gerichtet ist. In dieser Gesinnung beschimpfen sie die Freier, die dem Reich und seiner Verfassung gilt. Die Deutschen feiern heute den Verfassungstag — laßt die Deutschenationalen weiter schreien: Deutschland muß nicht sein.

### Ein Hambacher Fest.

#### Republikanischer Tag für Rheinpfalz, Saargebiet, Baden und Hessen.

Neustadt a. d. S., 9. August. (Eigener Bericht.) Im Mai 1832 haben über 2000 freilichsbegeisterte Deutsche auf den Ruinen des Hambacher Schlosses bei Neustadt ihrer Sehnsucht nach einem deutschen Volksstaat Ausdruck verliehen. Und oft in den Jahren danach haben sich dort deutsche Republikaner zu machtvollen Kundgebungen versammelt. Auf dieses historische Schloß hatte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold alle seine Kameraden aus der Rheinpfalz, aus dem Saargebiet, aus Baden und aus Hessen zusammengerufen, um hier den Geburtstag der Weimarer Verfassung zu feiern. Zehntausende waren der Einladung gefolgt. Die Vertreter der Rechtsparteien im Stadtrat und die Kommunisten hatten zwar den Antrag, die Stadt anlässlich des Verfassungstages offiziell festlich zu schmücken, abgelehnt. Aber die Bürgerschaft hatte alles daran gesetzt, um zu zeigen, daß der alte demokratische Geist auch heute noch in der schönen Pfalz zu Hause ist. Die Innenstadt war reich besetzt. Reich Schwarz-Rot-Gold. Wände aber haben nur die bayerische blaue weiße Fahne geblüht. Das kleine Neustadt — ein Städtchen von etwas über 15000 Einwohnern — glück schon am Sonntagabend einem republikanischen Heerlager. Am Bahnhof war ein prächtiger Triumphbogen aufgebaut. Von überall her kamen die Reichsbannergruppen, Arbeiterjugend und auch andere Jugendvereine. Die Begrüßungsfeier fand im Saalbau statt, in dem die ehrwürdigen Fahnen von 1832 und 1848 aufgestellt wurden. Der Gruppenführer von Neustadt begrüßte alle, die gekommen waren von der Saar, von Baden, Hessen und von der Pfalz. Ganz besonders galt sein Gruß den Fremden von der Saar. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang des Hambacher Liedes von 1832: „Hinauf, Patrioten, zum Schloß“ endete die Kundgebung. — Reichsanwalt a. D. Marx und Minister a. D. Solfmann, die für heute noch als Redner bestimmt waren, werden erst in der Nacht in Neustadt eintreffen. Nach der Versammlung zogen die Scharen

deutscher Vertragsoverlegungen die sofortige Unterstützung Frankreichs sicher. Auch in der Frage der automatischen Sanktion scheinen beide Regierungen auf einen Kompromiß hinarbeiten, daß Frankreich bei gewissen flagranten Verletzungen des Friedensvertrages durch Deutschland „unter genau festzulegenden und im einzelnen noch zu präzisierenden Umständen“ das Recht zu sofortigen Sanktionen einräumt, in allen übrigen Fällen aber dafür eine Entscheidung der zuständigen Instanz des Völkerbundes verlangt.

### Die Sozialisten gegen die Regierung Painlevé.

Paris, 10. August (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Bezirksparteitag für Groß-Paris hat sich am Sonntag mit 3885 gegen 463 Stimmen für die volle Handlungsfreiheit der Partei gegenüber dem Ministerium und gegen die Beteiligung an der Regierung ausgesprochen.

Die Resolution der Genossen Blum, Braque, Zyromski usw. erklärt, daß die Partei gegenüber der augenblicklichen Regierung zu der politischen Haltung zurückkehren solle, die sie vor dem Kriege den bürgerlichen Parteien gegenüber eingenommen hat. Sie werde das Ministerium nach seinen Taten beurteilen, und sei bereit, die Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik ins Auge zu fassen, sobald die äußeren Umstände, die diese Politik im Juni 1924 empfohlen hätten, sich von neuem böten. (Herriot: Dames-Plan! Red.) Die Resolution der Minderheit, die sich für den Eintritt der Sozialisten in das Ministerium aussprach, hat nur 463 Stimmen erhalten. Auf dem Reichsparteitag, der am 15. August in Paris zusammentritt, werden dementsprechend die Pariser durch 14 Delegierte der Mehrheit und zwei der Minderheit vertreten sein.

In allen Departements ergaben die Abstimmungen ähnlich wie in Paris wider Erwarten große Mehrheiten für den Abbruch der Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabinett Painlevé und gegen die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung. Selbst für die ausgesprochen rechtsstehenden Verbände, in denen noch vor kurzem große Mehrheiten für das faktische und parlamentarische Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien vorhanden waren, hat die Politik des Ministeriums Painlevé eine völlige Umstellung zur Folge gehabt, die einen besonders deutschen Ausdruck darin gefunden hat, daß nicht nur Baranne in seinem eigenen Wahlkreis abgeschüttelt wurde, sondern auch Renaudel in seinem Departement mit einem Kompromißantrag unterlegen ist. Unter diesen Umständen dürfte die Entscheidung des Parteitag bereits im voraus feststehen. Er wird in den wichtigen Fragen der inneren Politik nur noch die Beschlüsse der Bezirksverbände zu bestätigen und offiziell festzustellen haben, daß

#### die Kern der Kartellpolitik einstweilen geschlossen

ist. Das bedeutet, wie Genosse Frossard im „Paris Soir“ ausführt, keineswegs, daß die sozialistische Partei nunmehr systematische Opposition gegen das Kabinett Painlevé machen wird. Sie wird vielmehr, wie die Resolution des Seine-Departements ausdrücklich betont, die Regierung nach ihren Taten beurteilen, d. h., sie wird für das Ministerium stimmen, wenn dessen Politik den Interessen der Arbeiterklasse dient, gegen die Regierung, wenn ihre Politik mit den Forderungen des sozialistischen Programms im Widerspruch steht.

hinaus in die dunkle Nacht, die Kapelle voraus, um zu schauen, wie das Schloß weithin sichtbar am Rande der Harbt erglühete. Ein begeisterter Ausfall zum Hambacher Fest 1925!

### Dawes-Zahlung im Juli.

#### Der Julibericht des Generalagenten.

Nach dem Bericht des Generalagenten für Reparationen sind im Juli auf Reparationskonto 60 118 225,28 Mark von Deutschland eingegangen und 83 823 880,99 Mark an die Alliierten ausgegangen. Im ganzen wurden für Rechnung der ersten Jahresrate bis zum 31. Juli 840 315 236,67 Mark eingekommen und 827 852 124,26 Mark ausgegeben. Von den Julieneinnahmen entfallen 60 084 889,98 Mark auf den Dienst der deutschen Auslandsanleihe 1924.

### Deutsch-estnischer Schiedsvertrag.

WZB. meldet: Im Auswärtigen Amt ist gestern durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den estnischen Außenminister Puhka ein deutsch-estnischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag entspricht sowohl in seinem Aufbau als auch in allen wesentlichen Einzelbestimmungen den Schiedsverträgen, die Deutschland in den letzten Jahren bereits mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Er sieht also für Konflikte rechtlicher Art ein Schiedsgerichtsverfahren, dagegen für Konflikte politischer Art ein Vergleichsverfahren vor.

### Spitzbergen norwegisch.

#### Feierliche Annektion am 14. August.

Oslo, 10. August. (WZB.) Nach einer Verordnung der Regierung findet die Uebernahme Svalbards (Spitzbergen) am 14. d. M. statt. Staatsrat Berg wird zusammen mit einem anderen Beamten des Justizministeriums bei der Uebernahme der Inselgruppe anwesend sein. Es wird eine einfache Feier abgehalten, auf welcher Berg feierlich erklären wird, daß Svalbard nunmehr unter norwegischem Geß und Recht stehe. Der Tag wird in Norwegen durch Salutschüsse von den Festungen und durch Festgessen gefeiert werden.

### Aufstand in Russisch-Turkestan.

Moskau, 10. August. (WZB.) Bei den Kämpfen der Roten Truppen gegen die Basmaten in der Gegend der Stadt Keratou ist der Bandenführer Turdy-bai gefallen. Die bolschewistische Presse behauptet, daß mit dem Tode dieses antibolschewistischen Führers die Aufstandsbebewegung im Gebiet von Samarkand endgültig niedergeworfen sei.

Französische Militärflugzeuge über deutschem Gebiet. Sonntag vormittag gegen 8 1/2 Uhr überflogen sechs französische Schwadronenflugzeuge die Gegend zwischen Anielingen und Karlsruhe in der Richtung auf Mannheim.

### Letzte Nachrichten.

#### Hakenkreuzunruhen im Westen.

Mehrere hundert Hakenkreuzler demonstrieren gestern gegen 11 Uhr abends vor der Wohnung des zurzeit in Haft befindlichen Schnapp, der, wie schon gemeldet, am Sonntag einen Hakenkreuzler in der Rotwehr erschossen hatte. Die Demonstranten zogen dann nach dem Lützowplatz. Da sie mit ihren Fahnen die Passanten arg belästigten, schritt die Schutzpolizei ein, die mehrere Verhaftungen vornahm.

# Gewerkschaftsbewegung

## Im Baugewerbe wird verhandelt.

### Die Aussperrung ist aufgehoben.

Die gestern im Reichsarbeitsministerium erfolgte Aussprache zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes hatte folgendes Ergebnis:

Zur Beilegung der bezirkslichen Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe wird eine besondere Schlichtungsstelle vereinbart. Sie wird zusammengesetzt aus je vier Beisitzern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und aus einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium ernennt. Das Schlichtungsverfahren wird sich auf folgende Bezirke erstrecken:

Morgen, Mittwoch, den 12. August: Provinz Sachsen, nebst Anhalt und Magdeburg, Freistaat Sachsen, und Mecklenburg; am Donnerstag, den 13. August: Groß-Berlin, Baden mit Mannheim und Kassel.

Die Erklärungsfrist für die eventuell zu fallenden Schiedsprüche wurde auf den 18. August festgesetzt. Bis zu diesem Termin stellen die Arbeitgeber ihre angekündigten Kampfmaßnahmen zurück. Für den Fall, daß die eingeleiteten Verhandlungen zu einer Beilegung der Lohnstreitigkeiten führen, sollen die Verhandlungen über die strittigen Manteltarifforderungen alsbald neu aufgenommen werden.

Der Weg zur Beilegung des schweren Konflikts im Baugewerbe ist damit begangen. Hoffentlich führen die Verhandlungen vor der vereinbarten Schlichtungsstelle zu einem auch für die Bauarbeiter annehmbaren Ergebnis, so daß die Bauarbeiten in vollem Umfang wieder aufgenommen werden können.

## Aussperrung in den Berliner Mühlen.

Bekanntlich hatten die Funktionäre der Berliner Mühlen beschlossen, in den Betrieben Forderungen auf Gewährung von Wirtschaftsbeiträgen bzw. Teuerungszulagen zu stellen, da die Unternehmer ein dahingehendes Schreiben des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter vom 4. Juli unbeantwortet ließen. Am 29. Juli endlich teilte der Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie Groß-Berlins dem Arbeitnehmerverband mit, daß infolge der Abwesenheit des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes sowie des Syndikus Dr. Graud das Schreiben nicht beantwortet werden konnte. Gleichzeitig teilten die Unternehmer aber mit, daß sie bei der augenblicklichen Geschäftslage mit Verlusten arbeiteten und ihre Stammarbeiter nur noch beschäftigen, um sie nicht aussetzen zu lassen. Sie könnten deshalb keine Zugeständnisse machen. Die ablehnende Haltung der Unternehmer hat nun dazu geführt, daß die Arbeiter der Humboldtmühle in der Regel am Montagmorgen in den Streik traten. Der Arbeitgeberverband der Berliner Mühlenindustrie hat nun für den Fall, daß die Arbeiter der Humboldtmühle bis heute früh 6 Uhr die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufnehmen, zum 11. August die Aussperrung sämtlicher Berliner Mühlenarbeiter beschlossen und seine Mitglieder durch ein Rundschreiben dahingehend unterrichtet. In einer Unterredung mit der Belegschaft der Humboldtmühle am Montag er-örtern die Arbeiter der Humboldtmühle, daß sie die Arbeit zu den alten Bedingungen trotzdem nicht wieder aufnehmen wollen. Mitin ist heute, Dienstag, mit der Gesamtaussperrung in der Berliner Mühlenindustrie bestimmt zu rechnen. Die Funktionäre werden sofort zu der Situation Stellung nehmen.

## Zum Streik im Schriftgießergewerbe.

In Berlin wie im Reich stehen die Streikenden in der sechsten Streikwoche noch ebenso einmütig zusammen wie bei Beginn des Streiks. Die Firma Berthold, Belle-Alliance-Str. 88 und Osnenastr. 37 versucht mit Streikbrechern (vom „Deutsch-nationalen“ Nachweis) den Betrieb in Gang zu bringen, mit Hilfe der Arbeiter von der Messingabteilung und vom Maschinenbau. Diese Herren fallen ihren eigenen Kollegen, die Streikarbeit ablehnten und deshalb entlassen wurden, in den Rücken. Ein Herr Paul Frihe in Brigg, Binschallee wohnhaft, arbeitet an einer Höhenfräsmaschine und lernt Streikbrecher an. Dabei sporn gerade dieser Herr die Arbeiter an, höhere Tariflöhne zu fordern, da auch er sich dann finanziell besser fühle. Ein anderer Meister, Erich Jasmund, Reußstr. 27, Inhaber eines Seifen- und Waschlappens, geht sogar nach dem Schneiderbetrieb Osnenastr., um dort Streikbrecher an Graviermaschinen anzulernen.

Auch unsere Transportarbeiter streifen. In die Kolonnen vom Transport der Druckereien wird besonders appelliert, kein festes Material abzugeben.

## „Die rote Knorrbremse“.

Der „Vaterländische Arbeiterverein der Knorrbremse“ will am 23. August seine Fahne weihen. Dieses Ereignis warf schon am 7. August seine Schatten voraus, in Gestalt eines Artikels in einem „Lichtenberger Tageblatt“. Der „warme“ Artikel schloß mit den Sätzen:

„Denken wir noch mit Grauen an das rote Heer der Arbeiter der Knorrbremse, die alles in Lichtenberg terrorisierten und bei allen Rempeleien und Schlägereien die Hauptrolle spielten. Die Bestrebungen der Knorrbremse, vaterländischen und keinen internationalistischen Arbeitern Verdienstmöglichkeiten zu verschaffen, sind sehr zu begrüßen und werden bald den Namen „die rote Knorrbremse“ in Vergessenheit geraten lassen.“

Im letzten Satz wird die längst bekannte Tatsache festgestellt, daß die Betriebsleitung der Knorrbremse bei Arbeitereinstellungen systematisch eine gewisse Richtung bevorzugt, eben die gelben, sogenannten „Vaterländischen“. Mit der ausdrücklichen Feststellung dieser Tatsache, durch die in renommiertester Absicht den „Vaterländischen“ Wehrband gesendet werden soll, hat sich die Redaktion des genannten Blättchens ein Verdienst erworben.

Die Knorrbremse wird von den Aufträgen der Reichsbahn und denen von anderen öffentlich-rechtlichen und staatlichen Körpern unterhalten. Es muß daher von dieser Firma erwartet werden, daß sie bei ihren Einstellungen und Entlassungen objektiv verfährt. Es ist eine Tatsache, deren nur Subjekte in den Reihen der „Vaterländischen“ fähig sind, direkt zu fordern, den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitnehmern dürfe keine Arbeitsgelegenheit, keine Existenzmöglichkeit eingeräumt werden.

Mag es im ersten Sturm und Drang der Nachkriegszeit, wie in allen Betrieben, auch in der Knorrbremse mitunter etwas drunter und drüber gegangen sein, so hat doch die Redaktion des „Lichtenberger Tageblatts“ kein Recht, die aus dem Betrieb der Knorrbremse hinausgedrängten Arbeiter jetzt noch herunterzureißen, um ihre „vaterländischen“ Schützlinge zu verherlichen. Eine genaue Untersuchung darüber, welche Rolle die meisten „Vaterländischen“ in jener Zeit spielten, würde zu Ergebnissen führen, die diese Elemente in einem anderem Licht zeigen. Stellen doch diese „Vaterländischen“ heute nichts anderes dar, als organisierten Arbeitererrat, die einzige Art der Organisation, von der sich die „nützlichen Elemente“ persönliche Vorteile versprechen.

Die Fahne, die die „Vaterländischen“ der Knorrbremse sich beschaffen, ist eine eindringliche Warnung für die Arbeiterschaft und eine ernste Mahnung zur Geschlossenheit.

Noch immer ist der Unverstand der Massen der Feind, den wir am tiefsten hoffen, der Feind in unseren eigenen Reihen.

## Rabiate Bäckermeister.

Die Nachtarbeit, die dauernde Nachtarbeit in der Bäckerei vor dem Kriege war die Ursache, daß die Herstellung der Backware nicht immer in hygienisch einwandfreier Art vollzogen wurde. Durch Verordnung der Volksbeauftragten wurde die Nachtarbeit in Bäckereien verboten. Vor 5 Uhr darf mit der Arbeit in Bäckereien nicht begonnen werden. Profitwütige Bäckermeister glauben durch Nichtachtung der Verordnung diese wieder zu beseitigen, da ihnen der Profit vor Arbeiterrecht und Arbeiterwohl geht. Die Bäckergehilfen kontrollieren demzufolge alle Bäckereien und bringen Verächter dieses Schutzes zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, verfolgt von der Gut der „autändigen“ Geschäftsteile.

Den Gipfel von Wut und Roheit hat aber der Bäckermeister Kraefel, Lichtenberg, Hagenstr. 50, erreicht. Kraefel fiel am 7. August, früh 5<sup>1/2</sup> Uhr, über die Bäckerkontrollen mit einem Weil her und hat einen der Kontrollen erheblich verletzt. Die Arbeiterschaft wie jeder anständige Mensch wird vor derartiger Roheit nur Abscheu empfinden. Der Arbeiterschaft kann es wirklich nicht verdaulich werden, wenn sie eine solche Bäckerei meidet, da niemand sicher davor ist, nicht auch einmal die Wut dieses Meisters zu erwecken und dann in ähnlicher Weise mißhandelt zu werden.

## Ein fetter Wissen!

In der „Roten Fahne“ erschien am Freitag (Nr. 170) ein Artikel mit der Überschrift „Nach berühmten Vorbildern. SPD-Betriebsräte unterschlagen 3000 M. Verbandsgelder“. Darin wird dargestellt, daß ein Beitragskassierer des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Gaswerk Mariendorf es verstanden habe, Verbandsgelder zu unterschlagen. Leider trifft dies zu. Wie weit aber blinder Parteilich führt, beweist, daß in der „Roten Fahne“ der Versuch gemacht wird, die dort vorgekommenen Unterschlagungen der SPD an die Reichshöhe zu hängen. Daß der in der „Roten Fahne“ benannte Beitragskassierer Mitglied der SPD ist, hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erst durch den Artikel der „Roten Fahne“ erfahren. Ein Beweis dafür, daß die Auswahl von Beitragskassierern nicht nach parteipolitischen Grundätzen erfolgt. Zu solchen Funktionen werden Kollegen herangezogen, die das Vertrauen ihrer Mitkollegen besitzen. Wenn ein Mann wie der betreffende Beitragskassierer sich trotzdem an Arbeitergroschen vergriffen hat, so ist dieses eher als Beweis dafür anzusehen, daß die im Betriebe mit demselben zusammenarbeitenden Kollegen sich gründlich in ihn getäuscht haben. Denn der ungetreue Beitragskassierer wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Belegschaft zu diesem Posten bestimmt, nachdem kein anderer bereit war, diese Funktion zu übernehmen. Um so charakteristischer für das Gaswerk Mariendorf, das als „kommunistische Hochburg“ bekannt ist. Es hätte nichts näher gelegen, als das von der Belegschaft aus und den Betriebsräten eine Lieberwächung des Beitragskassierers durchgeführt worden wäre, zumal die im Gaswerk arbeitenden Kommunisten ja parteipolitisch verpflichtet sind, ihr Vertrauen gegen SPD-Kollegen zu bekunden. Trotzdem aber im Gaswerk Mariendorf diese Unterschleife seit langem bekannt waren, oder wenigstens stark vermutet wurden, hat niemand sich bereit gefunden, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter von diesem Vorkommnis Kenntnis zu geben und erst dem Eingreifen der Verbandsinstanzen ist es zu danken, daß dieses Wespennest ausgehoben wurde. Wenn also dem Verbandskassierer, dem Kollegen Zietemann, der Vorwurf des Augenabrudens in dieser Angelegenheit gemacht wird, so ist darin nur Böswilligkeit, wenn nicht Schlimmeres zu sehen. Der für das Gaswerk Mariendorf verantwortliche Branchenleiter ist Mitglied der kommunistischen Partei.

Die bedauerlichen Vorkommnisse im Gaswerk Mariendorf sind also nicht als Beweis zu benutzen, wie „verrotet“ die SPD sei, sondern umgekehrt, beweist der Vorfall, daß die im Gaswerk Mariendorf beschäftigten Verbandskollegen es unterlassen haben, durch Lieberwächung ihrer Vertrauensleute solche Vorkommnisse unmöglich zu machen. Nur böser Wille und die Sucht, den freien Gewerkschaften Schwierigkeiten zu machen, ist der Grund der Ausschlichtung der Angelegenheit in der „Roten Fahne“.

## Eisenbahnarbeiterstreik in Würzburg.

Würzburg, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Werkstätten-, Güterhallen- und Betriebsarbeiter sowie einzelne im Rangierdienst beschäftigte Eisenbahnarbeiter sind hier in den Streik getreten, da ihre Forderungen auf Erhebung in eine höhere Tarifklasse nicht erfüllt worden sind. Der Gepäckdienst mußte eingeschränkt werden. Bei weiterer Ausdehnung des Streiks soll die Technische Nothilfe herangezogen werden. Nach der Darstellung der Reichsbahndirektion handelt es sich um einen von den Gewerkschaften nicht unterstützten milden Streik, der hervorgerufen wurde durch Gewährung höherer Ortszuschläge in Scheinfahrt. Die Reichsbahndirektion hat im allgemeinen Ortszuschläge für die bayerischen Eisenbahnarbeiter abgelehnt.

## Streikerfolg der Zigeleiarbeiter Oberbayerns.

Durch einen erfolgreichen Streik erzielten die oberbayerischen Zigeleiarbeiter eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Vom Landesgeschlichter waren vorher 8 Pf. vorgeschlagen worden.

## Vertragsbruch des polnischen Knappschäftsvereins.

Anlässlich der Leitung Oberschlesiens wurde zwischen den beiden Knappschäftsvereinen Gleiwitz, Deutsch-Oberschlesien und Tarnowitz-Polnisch-Oberschlesien ein Vertrag abgeschlossen,

nach dem bis zur endgültigen Regelung der Vermögensauseinandersetzung den nach beiden Seiten Oberschlesiens verdrängten Bergleuten die erworbenen Rechte der Pensionskasse ohne eine besondere Anerkennungsgeld erhalten bleiben. Diesen Vertrag hat Polen durchbrochen.

Die polnische Knappschäftsvereine hat neuerdings eine Bestimmung herausgegeben, nach der alle nach Deutschland geflüchteten Bergleute, die nach dem 30. Juni 1923 von der Knappschäftsvereine Deutsch-Oberschlesien oder einem anderen Bezirksknappschäftsverein in Deutschland übernommen wurden, vom 1. April 1925 zur Erhaltung ihrer erworbenen Rechte eine Anerkennungsgebühr von monatlich 50 Pfennigen zahlen müssen.

Die Oberschlesische Knappschäftsvereine hat zwar eine entsprechende Bekanntmachung auf den Gruben veranlaßt, doch dürften nicht wenige erworbene Ansprüche an den polnischen Knappschäftsverein zu Tarnowitz verloren gehen, wenn nicht die Anerkennungsgebührzahlung von einer Stelle besorgt wird. Den durch die Vertreibung schon hart getroffenen Bergarbeitern muß die Sicherheit gegeben werden, daß ihre knappschäftsrechtlichen Ansprüche erhalten bleiben, ohne daß sie selbst die Anerkennungsgebühren zu zahlen brauchen. Nach deutschem Recht bleiben die einmal erworbenen Ansprüche an den Knappschäftsverein erhalten, solange der Versicherte einer Grubenarbeit nachgeht.

Sollen gegenüber diesen vertriebenen Deutschen keine weiteren Schädigungen eintreten, so muß vom Reich — am zweckmäßigsten durch Vermittlung der Oberschlesischen Knappschäftsvereine — die Zahlung dieser Anerkennungsgebühren erfolgen. Dabei kommt die bei Invaldität der Bergarbeiter zu zahlende Pension indirekt auch dem Staate zugute.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, der Oberschlesischen Knappschäftsvereine zu Gleiwitz 200 000 Mark als Fonds zur Verfügung zu stellen. Die aus diesem Fonds stehenden Zinsen sind zur Zahlung der Anerkennungsgebühren für die aus Polnisch-Oberschlesien vertriebenen Bergarbeiter an den polnischen Knappschäftsverein zu verwenden.

## Der französische Vorkriegslohnstreik.

Paris, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der französischen Vorkriegslohnarbeiter, der nun schon in die dritte Woche eingetreten ist, dauert an und dehnt sich jetzt auch auf Nordfrankreich aus. So wird aus Lille gemeldet, daß am Montagmorgen 2000 Vorkriegslohnarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. In Marseille, von wo die Bewegung ausgegangen ist, hat die Gewerkschaft der Vorkriegslohnarbeiter für Donnerstag den Generalstreik erklärt, falls bis dahin von den Vorkriegslohnarbeitern keine annehmbaren Vorschläge gemacht sein sollten. In Paris hat die sozialistische Gewerkschaft bereits am Montagmorgen den Generalstreik verkündet. Angesichts dieser energiegelassen Haltung der Streikenden hat der französische Ministerpräsident Painlevé selbst die Vorkriegslohnarbeiter zusammengerufen, um die Lösung des Konflikts zu beschleunigen.

## Verbandstag der Bekleidungsarbeiter.

Leipzig, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend hielt Genosse Blett ein Referat über die Aufgaben des deutschen Gewerkschaftskongresses in Breslau, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Gewerkschaften zum Achtstundentag und zu den Industrieverbänden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird als Aufgabe des Gewerkschaftskongresses bezeichnet, die Notwendigkeit des sozialen Schutzes der Arbeit unter der Parole Ausbau der sozialen Gesetzgebung auf allen Gebieten des Arbeiterschutzes in den Vordergrund zu rücken. Unerwünschte Forderungen der Arbeiterschaft müsse Wiedergewinnung und strikte Durchführung des Achtstundentages sein.

Der Reinigungstempel dürfe sich nicht im Streik um die Organisationsform erschöpfen. Der Zusammenschluß der Verbände im Gemeinschaftsbund sei freiwillig. Selbstverständliche Voraussetzung für das Zusammenleben im Bunde sei, daß jede Organisation den Schutz des Bundes gegen Angriffe anderer Organisationen genieße. Wenn ein Minderheit von Verbänden, auch wenn sie eine Mehrheit der Mitglieder umfaßt, sich zu dem Beschluß vereinigen wollte, die anderen Verbände zu beiseite zu rufen und deren Gebiete unter sich aufzuteilen, wäre das ein ungeheurer Bruch von Treu und Glauben und ein Mißbrauch der Mehrheit, dem unterzuordnen der Verband der Bekleidungsarbeiter ablehnen müßte. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden Blett, Thierfelder, Weidert und Lehmann aus Berlin, Schmidt-Dresden, Heinz-Leipzig und Spreberg-Hamburg gewählt. Sie wurden vom Verbandstag verpflichtet, jede Satzungsänderung abzulehnen, die nach den Vorschlägen des Bundesvorstandes und des Ausschusses eine organische Entwicklung der deutschen Gewerkschaften hemmt und den angeschlossenen Gewerkschaften den Schutz des Bundes verweigert.

Nach einem kurzen Referat des Genossen Stühmer-Berlin über

## die Internationale der Bekleidungsarbeiter

wurde einstimmig der Vorstand in folgender Zusammenetzung gewählt: Blett, Berlin 1. Vorsitzender, Boog-Berlin 2. Vorsitzender, Heitmann-Berlin Kassierer und als Sekretäre Thierfelder, Ruhbach, Thierfelder, Weidert, Stühmer. Damit hatte der Kongress sein Ende erreicht.

Autob-Ordnung Berlin. Am Verfassungstage, Dienstag, den 11. August, bleibt unser Bureau geschlossen.

Achtung, Aemmerer! Am Mittwoch, den 12. August, vormittags 10 Uhr, im Marnehaus Betriebsversammlung für die Aemmerer der Firma Heil u. Franke. Die Vertrauensleute eine Stunde früher, also 9 Uhr, im selben Lokal. Die wichtige Tagesordnung erfordert das zeitliche Erscheinen aller Kameraden, die vor dem Streik bei der Firma Heil u. Franke beschäftigt waren. Die Betriebsvertretung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlers; Frauen: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Fritz Rühl; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Wissen“.

## Magen- und Verdauungsbeschwerden

werden mit Ruilos Knoblauchsaft schnellstens behoben. Gleichzeitig beseitigt er diverse andere Krankheiten und Leiden. Verlangen Sie gratis Druckschriften von Ruilos G. m. b. H., Köpenick, Tel. 904.

## Nehmen Sie Biomalz

wenn Sie Ihre Gesundheit und ein gutes, blühendes Aussehen erhalten wollen. Ihre Nerven erholen sich, Ihre Arbeitskraft hebt sich. Sie leisten mehr in Ihrem Beruf, Biomalz kräftigt und erfrischt den ganzen Körper ungemein. Schläffe, weile Bize verschwinden.

## die Gesichtsfarbe wird frischer

und rosig, der Teint reiner. Bei mageren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Hebung des Appetits, des Gewichts und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß überflüssiger und lästiger Fettsatz die Schönheit der Formen beeinträchtigt. Biomalz ist allen durch Ueberarbeitung, Krankheit, Kervosität geschwächten Personen zu empfehlen. Von Professoren und Ärzten glänzend begutachtet. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis einer Dose 1,00 Mk., mit Lecithin 5 Mk., mit Eisen (für Blutarme und Bleichsüchtige)

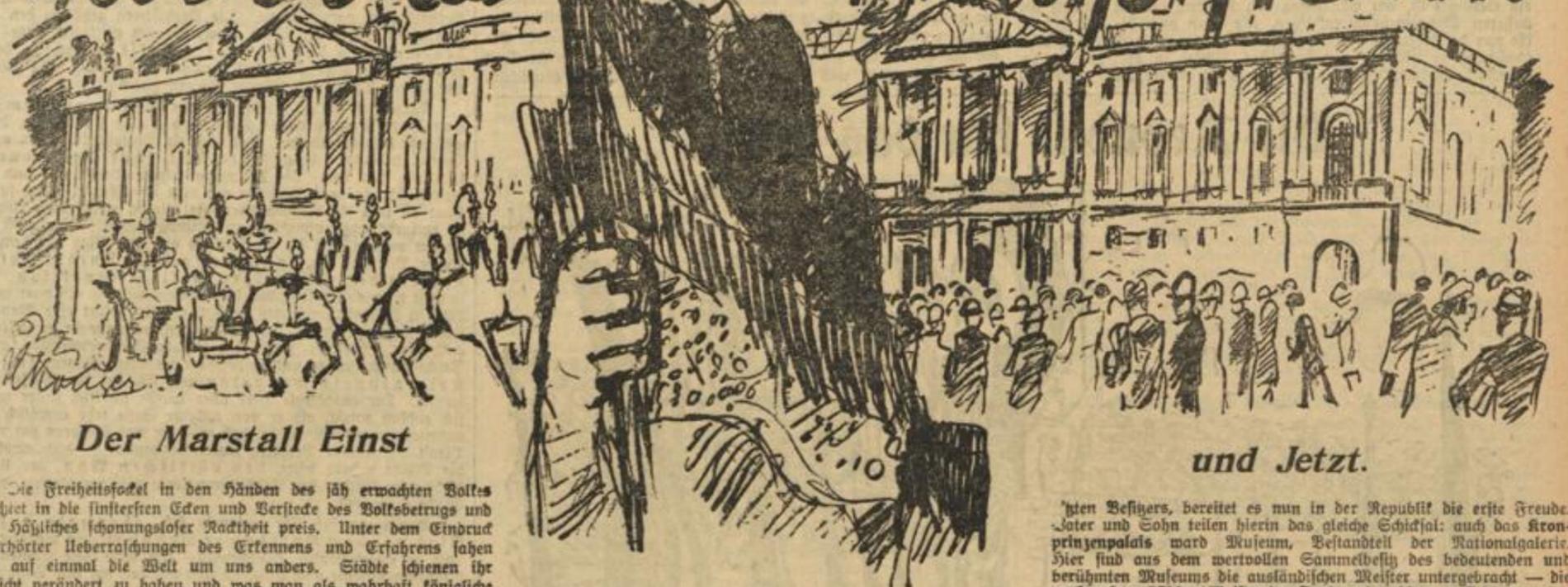
2,20 Mk., mit Kalk extra (zur Stärkung für Zungenleidende) 2,50 Mk. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes, angeblich „Eisenbrot“. Achte genau auf das Etikett. Druckschriften versenden wir auf Wunsch umsonst und postfrei.

Neu: Biomalz-Schokolade je 100 Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Bonbons, bestes Lindermittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Beutel 80 Pf.

Gedr. Paternmann, Lestow-Berlin 10.



# Des Volkes neue Hauptstadt.



Der Marstall Einst

und Jetzt.

Die Freiheitsfackel in den Händen des jäh erwachten Volkes leuchtet in die finsternen Ecken und Verstecke des Volksbetrugs und gab höchliches schonungslosers Radikalität preis. Unter dem Eindruck unerhörter Ueberraschungen des Erkennens und Erfahrens sahen wir auf einmal die Welt um uns anders. Städte schienen ihr Gesicht verändert zu haben und was man als wahrhaft königliche Pracht angestaunt hatte, lastete wie eine Zwingsburg auf Blick und Sinn. Auch Berlin schien uns fernem vergangenen Zeiten anzugehören, so wenig hielt das Prunkgewand, das die herrschende Schicht über soziale Blößen geworfen hatte, unserem prüfenden Empfinden stand. Wir sahen aus allem nur das Rotgewand der Elendsjahre auftauchen — halb war es Trauer- und Bettelkleid, halb Arbeits- und Hülftlingsittel — und wir erkannten, daß die Stadt sich an das Duldertkleid zu gewöhnen begann, daß der sichtbare Ausdruck des über uns gebietenden Geistes in großem Gegensatz zum wirklichen Gesicht von Stadt und Volk stand. Wir waren in den Elendsrod hineingewachsen und sahen wilhelminischen Parade- und Uniformputz den Trödler der Geschichte verfallen. Noch ehe damals die junge Republik eine neue Hauptstadt suchte und im Wort der Verfassung endgültig bestimmte, schien sich schon die Millionenstadt von ausgesprochen republikanischem Gepräge nach dem zu ihr gehörenden republikanischen Staatsgebilde umzuformen — so tief sah neues Fühlen in den Sinnen und Geistern. Der Umsturz war das Selbstverständliche, das man sich denken konnte. Ehe noch die Monarchie zerbarst wie ein überfälliger Staubpflanz, war schon Berlin eine republikanische Stadt zu nennen, in der Gottesgnadentum und Ständerechte am harten Anboß der Arbeitswirklichkeit zerbrachen. Ehe noch der Herbststurm mit letzten Reinstimmungungen auch die Kronen hinunterwirbelte, war dies republikanische Berlin der Arbeitsnot und der zürnenden Menschenwürde eine Geschlossenheit geworden, mit der man zu rechnen hatte. Und ehe es die Verfassung bestätigte, zu einer Volkshauptstadt und zur natürlichen Hauptstadt des deutschen Volkes geworden. Und dies Berlin, unser Berlin, das wir achten und lieben wollen wir heute am Verfassungstag mit offenen Augen und suchendem Erkennen durchwandern.

### Auch etwas für den Verfassungstag.

Es wird für alle Zeit gut sein, ab und zu die Schlösser ehemaliger Fürsten zu betrachten — man kann sie allerdings nicht mit den Arbeitermietkassernen vergleichen, es würde infolge des ungeheuren Mißverhältnisses ins Lächerliche führen. Aber undenkbar ist heute doch für aller Empfinden, daß hier eine einzelne Familie hausen soll — und wenn es ein Fürst ist, es fehlen uns heute dafür die Sinne. Verwundert, daß solches einmal möglich war, stehen wir vor den Mäusenfronten des Museum gewordenen, zu Volksbesitz erhobenen Schlosses. Erweitert durch Ueberweisung von Werken des Kunstgewerbes, gereinigt von den Geschmackverirrungen seines

alten Besitzers, bereitet es nun in der Republik die erste Freude. Vater und Sohn teilen hierin das gleiche Schicksal: auch das Kronprinzenpalais ward Museum, Bestandteil der Nationalgalerie. Hier sind aus dem wertvollen Sammelbesitz des bedeutenden und berühmten Museums die ausländischen Meister untergebracht — die großen französischen Meister der Farbe gehen hier, wo sicher manches herbe Wort des Hasses gegen Frankreich fiel, auf friedliche Eröberung von Augen und Herzen aus — die Republik, und nur sie, ist Völkerverwöhner und Vermittlung all der Güter, die Leben und Erde erst wahrhaft schön gestalten. In diesem Palais eines ehemaligen Fürsten sieht auch die Büste Friedrich Eberts. Soweit verschiedene Paläste in Staatsbesitz übergegangen sind, haben sie Verwendung für allgemeine Zwecke und damit Sinn gefunden. Die Gärten von Monbijou, Bellevue, Charlottenburg wurden Volksbesitz — während ein anderer Garten, noch im Besitz eines Prinzen, der Allgemeinheit verschlossen bleibt, ja, zum Teil zu Geschäftszwecken verbaut wird. Republik vermag auch nicht zu veredeln — wo er am Objekt fehlt.

### Im Zeichen der Republik.

Einfach und verhältnismäßig klein erscheint uns ein anderer Palast — das des Reichspräsidenten. Wer immer auch die Wahl traf, hat gut daran getan: inmitten des Regierungsviertels ist hier eine erste Arbeitsstätte. Einfachheit und Würde, sie sind zur Sprachform der Republik geworden, und wohlthuend und vernünftig gestellt sich ihnen die Zweckmäßigkeit. Vom kaiserlichen Marstall zur Volksbibliothek — wech ein Schritt, wech eine Kunst der Gegensätzlichkeit! Wenn wir ihn sehen, da er noch im Reichtum an kaiserlichen Wagen und Pferde schwebte, so begriffen wir nie, wozu man eine Säulenfassade von übertriebener Pracht brauchte, wo doch nur Ställe und Remisen zu verbergen waren. Heute verstehen wir es. Auf die Verlogenheit kam es ja gerade an. Wenn nur äußerer Prunk den kaiserlichen Bauherren lobte — Bestimmung des Hauses hatte nichts zu sagen. Wir sehen im Geiste diese Fassade zerfallen, von Rügen durchbohrt, wie wir es in den unglücklichen Weihnachtstagen des Jahres 1918 erlebten. Was es ein Symbol, ein grauer Witz der Geschichte? Mit ruhigen, festen Schritten drängt die Republik vorwärts, erneuernd, aufbauend, verführend. Wir nehmen es heute am Marstall kaum mehr wahr, daß ihm bewegte Zeit Wunden schlug. Ein weiter Weg bis zur Bibliothek!



Das Palais als Nationalgalerie.

## Das unbegreifliche Ich.

4] Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Hör mal, Mutter,“ fragte ich plötzlich und kam hervorgerochen, „würde Jesus den anderen Kindern keine Krüschchen gegeben haben?“

„Auf was du auch alles verfallst! Ich hätte dich doch lieber nicht mit all den biblischen Geschichten vollpropfen lassen. Raus mit dir jetzt, geh nach unten und spiele wie die anderen Kinder, dann kannst du später wiederkommen und Schokolade kriegen.“

Ich setzte mich sofort in Bewegung. Ein neuer Gedanke hatte Besitz von mir ergriffen. Ich wollte hinaus und versuchen, ob ich so gut wie Jesus wäre, aber den anderen wollte ich nichts davon erzählen, denn davon sprach man nicht.

Schnell kroch ich aus meinem dunklen Versteck unter dem Tisch hervor, ergriff meine Kopfbedeckung, eine Matrosenmütze mit goldenen Buchstaben und flatternden Bändern, und lief durch den Laden, ohne irgend etwas zu Sammeln zu sagen, der auf dem Stuhl für die Kunden saß.

Auf der eisernen Treppe blieb ich wie gelähmt stehen. Auf dem ganzen dreieckigen Platz befand sich nicht ein einziger Spag. Aber es waren ja auch keine Droschken da, deren Pferde Häufel aus den Futterbeuteln verlieren konnten. Nur drüben, an der roten Kirche, hüpfen ein paar Vögel in den Bäumen und schlüpfen in dem dichten, staubigen Laub aus und ein.

Da hinüber ging ich; doch die Vögel zwitscherten ruhig weiter. Ganz oben bemerkte ich ein Spagenhähnchen mit schwarzem Brusttag, wie es von einem Zweig zum anderen hüpfte, so daß die Blätter zitterten und die dünnen Sonnenstrahlen in Bewegung gerieten. Er kümmerte sich nicht um mich.

Ich stellte mich auf Zehenspitzen, schlug mit den Armen und sagte: „husch!“ Einige Blätter raschelten, und er flog fort. Die gespannte Freude, die ich empfunden, als ich die Furchlosigkeit des Spagen sah, verschwand.

Nein, ich konnte nicht wie Jesus sein. Aber hatte der denn auch „husch“ zu den Tieren, Löwen, den Tigern, den Elefanten gesagt? Nein, er hatte bloß den Arm ausgestreckt und das

mar noch kein Beweis. Der Vogel hatte hoch oben im Baum gefressen und mich nicht gesehen. Er wäre auch, wenn ich nicht gezischt hätte, fortgeflogen; ja, war er nicht schon im Begriff gewesen fortzufliegen, als ich kam?

Ich trat auf den hellen Sankt Annaplatz mit den palastartigen, weißen Häusern hinaus. Es lag stets ein zarter Glanz über ihm, und ich glaubte, er käme von Amalienborg her, wo der König wohnte. Ich fühlte mich immer wie im Märchen, sobald ich unter die Bäume des Platzes trat, und wenn ich allein war, aimete ich rascher vor Bellemmung.

Auf einer der Bänke saß Einar, der Sohn der Kirchen-dienerin, in einem Sportanzug und schrabte mit der Seite seines Stiefels eine runde Rinne in den Kies.

Meine Angst vergrößerte sich. Ich war auf die freie Seite gekommen, und konnte mich nicht in Sicherheit bringen.

Ich ging langsam, ohne ihn anzusehen, an ihm vorbei, denn ich wußte, daß er das nicht leiden konnte und es war mir unangenehm, wenn er rief: „Was gloht du denn da, du Affe!“ Ich stierte unermwandelt auf die dunkleren Häuser unten in der Bredgade; aber in meinem rechten Arm, der nach seiner Seite ging, judte es.

„Esel!“ rief er. Es durchzuckte mich. Ich sah mit einem hastigen Blick, daß er die Hände gegen die Bank stemmte, als ob er aufspringen und mir nachsehen wollte, und ich war bereits ein Stück an ihm vorbeigegangen, so daß ich nicht umkehren konnte. Ich mußte nach der Bredgade herunter laufen, weiter und weiter fort.

Erst hier unten blieb ich stehen und bemerkte voller Unruhe die grauen Häuser, die schuld daran sind, daß ich mich dieser Straße stets in einer Beleuchtung, wie vor aufziehendem Regenwetter erinnere.

Ich sah mich vorsichtig um, nein, Einar kam mir nicht nach; aber ich mußte einen großen Umweg in das Ungewisse hinaus machen, nach der Marmortirche und Amalienborg zu, um ihm zu entgehen.

Ringsum mich herum waren fremde Päden. Und Herren und Damen waren hier, die so merkwürdig langsam gingen und kalte Gesichter hatten. Ein Botenjunge mit einem Zieh-wagen, der ein Stück Bandlatrike aus dem Munde hängen hatte, beruhigte mich wieder etwas. Er rollte mit Junge und Lippen die Paktrike zusammen und ließ sie langsam auf diese Art in seinem Schlund verschwinden.

Und eine Pferdebahn fuhr vorbei. Eine hohe Pferdebahn mit einem großen, schwarzen D. Ein Haufen Spagen flog grade vor der Nase des Pferdes in die Höhe und setzte sich wieder, als die Schienen frei wurden.

Da hatte ich also die Spagen und sofort vergaß ich die fremde Umgebung.

Vorsichtig ging ich auf den Damm und zwischen die Schienen. Nun kam es darauf an, gut zu sein!

Ich nahm meine ganze Güte zusammen, ich fühlte mich zum Platz voll von artigen Vorfähren und lächelte starr; und ich versuchte mich gleichsam vom Boden zu erheben, mein Schwergewicht nach oben zu verlegen, so daß ich über'm Wagen und den untersten Rippen spüren konnte, wie leicht ich wurde. Ich fühlte mich ähnlich wie im Traum, wo ich von Langlinie aus über das Wasser gehen konnte, wenn ich bloß ganz vorsichtig auf die Wellen trat. Doch während ich im Traum, ein Traum, den ich oft träumte, stets mit dem ganzen Fuß auftrat, damit meine Stiefelspitzen keine Löcher in die Wellen machten, ging ich jetzt auf den Zehen, mit schwankenden Tritten, die Arme ausgebreitet, wie einer, der durch seichtes Wasser geht und näherte mich vorsichtig einem Spagenweibchen, das an den blanken Pferdebahnschienen entlang-hüpfte.

Ich kam immer näher. Ich sah deutlich ihr dunkles, hartes Auge und ihren Schnabel. Ich tat noch einen Schritt, aber geriet dabei auf meinen Zehenspitzen ins Wackeln, so daß ich mit den Armen ausschlug und die Spähin sich hoch in die Lüfte auf ein Fensterstims schwang.

Ich mußte also noch ruhiger gehen. Jesus schlug auch nicht mit den Armen aus. Das erschreckte die Spagen bloß. Sie konnten es leicht mißverstehen und annehmen, ich wollte sie fangen; und ich wollte doch nur an ihnen vorbeigehen, ganz dicht, so, daß ihr Schwanz meinen Schuß berührte!

Ich näherte mich einem anderen Vogel und diesmal konnte ich besser die Balance halten. Und ich bemühte mich aus aller Kraft gut zu sein; ich ließ ganze Ladungen von Güte in mir hochsteigen, ging ganz vorsichtig. Da, da sah er, da sah er! Aber im selben Augenblick rief ein Mädchen:

„Waldemar, du darfst nicht auf den Pferdebahnschienen gehen, ich sage es deiner Mutter!“

Der Vogel flog fort, und ich lief auf den Bürgersteig.

(Fortsetzung folgt.)

Und doch nur Abbild des Kulturweges, den die Republik im großen wandelt.

### Volkskultur.

In all der Schwere der Jahre, die die an sich arbeitende junge Republik begleiteten, ging das Ringen nach Geistesbesitz und seiner Volkserhellung das Streben nach hohen Zielen der Volkskultur nicht unter. Theater des Staates lebten neu auf, verbreiterten Kunst, um sie zugleich auch zu vertiefen. Volkshochschulen zogen mächtige Kreise. Die Kunst kam näher ans Volk heran, Kunst fleg wieder aus dem Volke selbst auf. Wir erlebten proletarische Feiertunden, erkannten im Sprechchor neue, republikanische Kunst. Vorüber wandernd an Regungen und Befehlungen durch das Neue in alte Form glauben wir die Gehege zu entdecken, die aus der alten Reichshauptstadt, ohne äußerlich viel zu ändern, die neue Hauptstadt des deutschen Volkes gestalteten.

Dabei ist sehr wohl zu bedenken, daß das Werden der Republik ein Geistes ist, mit Entfaltung von Kräften, die sich vielfach der äußeren Wahrnehmung entziehen, wie denn auch die Feindschaft, die von der Republik auf ihrem Wege von Staatsform und Macht ausübung zu völliger Erfassung des Volkes in der sozialen Republik, überwunden werden muß, längst wieder die Heimlichkeit

und die Finsternis der Winkel aufgesucht hat. Und es sind viele Gegner, und auch die offenen verjähren es nicht, ihrem Kampfe wider die Verfassung das Kennzeichen des Heimtückischen aufzudrücken. Merkmal des Neuen ist der Sinn für Wahrheit. Wie wir selbst zunächst scheinen wollen, was wir im Innern sind, so verlangen wir es von Trägern und Wertgebern des geistigen Lebens — fordern jenes Maß von Wahrheit, das zu Einklang und Vollendung führt: Einklang von Arbeit und Arbeitenden, von Bestimmung und Ausdruck, von Ziel und Weg, von Mensch und Gemeinschaft. Und Einklang von Verfassung und Staat, von Reich und Volk vermögen wir nur in der Republik zu sehen, die uns in tiefster Not, da wir schon dem Abgrund verfallen waren, Rettung und neues Leben ward.

Die neue Hauptstadt der Republik wird einmal, wenn Stillstand der baulichen Entwicklung nicht mehr äußere Monumentalität hindert, ein echtes und stilvolles republikanisches Gewand tragen. Bis dorthin wollen wir zufrieden sein mit wenigem — es spricht Geist daraus, der gut ist, und den wollen wir alle wahren und entwickeln.

Fremde unbelästigt auf der Straße ergehen können. Jeder im Ausland und in Deutschland bekannt werdende Fall völliger Robheit in Berlin hält der Stadt tausend Fremde fern.

### Die Hafenkreuzler obenauf!

#### Vollkommenes Versagen der polizeilichen Leitung.

Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr hatten sich ungefähr zwanzig Hafenkreuzler am Platz vor dem Potsdamer Bahnhof versammelt. Sie nahmen eine große Patte, mit der sie vergeblich versuchten, die schwarzrotgoldenen Fahnen, die zur Begrüßung aufgehängt waren, herunterzureißen. Als ihnen dieses nicht gelang, gingen sie dazu über, die Passanten zu belästigen, indem sie jeden, der ein schwarzrotgoldenes Abzeichen trug, mit dem Wort „Rödder“ beschimpften. Als sich die Passanten auf diese Provokation nicht einließen, wurden die Hafenkreuzler tätlich und es kam zu einer Schlägerei, so daß die Polizei gezwungen war, einige Verhaftungen vorzunehmen. Die Verhafteten gehörten den Hafenkreuzlern an, unter ihnen einer, der am gestrigen Tage schon dreimal von der Polizei gestellt worden ist, der also gewissermaßen diese Tätigkeit berufsmäßig ausübt. Es haben sich von beiden Seiten eine Menge Zeugen gemeldet.

Kurze Zeit darauf spielte sich, gleichfalls auf dem Platz vor dem Potsdamer Bahnhof, eine Episode ab, die einmal sehr bezeichnend war, aber auch ein Vorzeichen für einen weiteren Vorfall bedeutet. Ein Auto mit fünf Reichsbannerleuten fuhr vor. Die Reichsbannerleute stiegen aus und unterhielten sich ein paar Minuten mit dem Chauffeur. Dann fuhr das Auto ab und die Reichsbannerleute blieben noch einen Augenblick in entsprechender unauffälliger Haltung stehen. Hier muß eingeschaltet werden, daß die Verhältnisse auf dem Platz vor dem Potsdamer Bahnhof sich, dank der totalen Unfähigkeit des Leiters der zuständigen Polizeieinspektion, bereits so weit entwickelt hatten, daß die Anwesenheit von ein paar weiteren ruhigen Reichsbannerleuten genügt, um sich sofort eine Menge Gefolgsleute, angehen mit völkischen Abzeichen, versammeln zu lassen. So auch hier. Plötzlich schob ein Schusspolizeiwachmeister auf die Reichsbannerleute zu und forderte die verdutzten Männer in eine in Kasernenhoischauzation auf, sich auf der Stelle zu entfernen. Der aufgeregte Herr aber wurde merklich stiller und zog sich endlich zurück, als er von anderer Seite sehr energisch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er — er war übrigens gar nicht im Dienst und andere Beamten waren vorhanden — doch wohl zuerst die Pflicht gehabt hätte, den völkischen Mob, der sich verächtlich im Rücken der Reichsbannerleute zusammenrottete, von der Stelle zu weisen.

Bereits um 4 1/2 Uhr ereignete sich, abermals auf dem Platz vor dem Potsdamer Bahnhof, ein weiterer, faum noch zu überbietender Zwischenfall. Um diese Zeit wollten einige Reichsbannerleute nach Potsdam und nahmen vor dem Bahnhof Aufstellung. Sie verhielten sich durchaus ruhig und zurückhaltend, obgleich keine zwanzig Schritt weiter eine Hafenkreuzlerhorde und an der Spitze eine weitere Banditenchar von etwa 30 bis 40 Kerlen Aufstellung genommen hatte. Dieselben Banditen, die noch einige Stunden vorher verurteilt hatten, den Flaggenschmuck vor dem Bahnhof gewaltsam zu entfernen. Wieder erschien der bereits vom Sonnabend fauliam bekannte Polizeimajor und forderte in einem standesdaßigen Ton die Reichsbannerkameraden auf, den Vorplatz zu räumen oder den Bahnhof zu betreten. Vor seinem Befehl nicht Folge leisten wollte, den würde er gewaltsam dorthin bringen. „Ich habe das Theater satt“, erwiderte seine Rede. Die Mienen der Hafenkreuzler erhellten sich zusehends ob des Verhaltens dieses „republikanischen“ Majors. Ohne im Augenblick bei diesen Episoden zu verweilen, muß gesagt werden, daß die Dinge auf dem Platz vor dem Potsdamer Bahnhof so nicht weiter gehen dürfen. Zudem ist das Berliner Polizeipräsidium ganz genau unterrichtet, und es muß aufs äußerste befremden, daß es an verantwortlicher Stelle in der zuständigen Inspektion Personen duldet, die sich offenbar die größte Mühe geben, den „alten Geist“ wieder lebendig zu machen. Die bedauerlichen Vorfälle am Sonnabend, nach denen das Präsidium gewarnt worden war, und die Vorkommnisse am Montag lassen es als notwendig erscheinen, daß nicht nur der Wachmeister und der Major energisch angepöfien werden, sondern daß auch die leitenden Herren der Inspektion in eine Gegegend versetzt werden, wo es ruhiger und gemüthlicher ist als gerade im Zentrum der Weltstadt.

### Der Fackelzug in Potsdam.

Nun hat auch Potsdam seine würdige republikanische Kundgebung gehabt. Die Straßen, durch die der Fackelzug ging, waren seit Stunden besetzt. Der Aufbruch wurde verzögert, weil die Polizei aus Versehen die Charlottenburger Abteilung aufgehalten hatte. Um 1/10 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung und zog durch die Hauptstraßen Potsdams unter regster Beteiligung der Potsdamer Bevölkerung. Die Straßen waren oft dermaßen überfüllt, daß der Zug nicht weiter konnte. Die überreichlichen Bräder, ungefähr 150 Mann, erlebten ständige Ovationen. Um 10 Uhr löste sich der Fackelzug auf dem Schloßplatz auf, dort wurden die Fackeln zusammen geworfen, und der Abend schloß mit einem gemüthlichen Beisammensein.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Gebälkstr. 57/58, Hof 2. K. Gewerkschaft, Arbeiterpartei. Gemüthliche Kameraden, die eine Boote besigen, wollen sich zum Eintritt in die Wasserpost abmelden. Anmeldung an den Gew. oder durch die Kameradschaften. — Kameradschaft Wedding, Mittwoch, den 12. August, 6 Uhr, bei Müller, Uferstraße 12, Antritt zur Bezeichnung an der Veranstaltung im Lunaport. Eintritt 1 M. Karten 50 Pf. bei Müller zu haben. — Kameradschaft Kreuzberg, Dienstag, den 11. August, 7 Uhr, Antritt Untergrundbahn Uhlendorfer zum Besuch des Lunaports. Eintritt 1 M. — Kameradschaft Charlottenburg, Die Kameraden beteiligen sich an der Vermittlungsveranstaltung am Dienstag nicht. Dafür Mittwoch abend 7 Uhr an der Veranstaltung im Lunaport. Karten 50 Pf. haben im Vereinslokal Wilhelmshof, Berliner Gde. Spreestraße. — Kameradschaft Wilmersdorf, Am 11. August, 6 1/2 Uhr, Antritt Reichsbanner Platz zur Teilnahme an der Verfallungsfeier der Schutzpolizei im Lunaport. Spielzeuge und Karten sind zur Stelle. — Kameradschaft Steglitz, Die Kameraden beteiligen sich an der Veranstaltung im Lunaport teilnehmen wollen, schicken sich am Dienstag an der Veranstaltung im Lunaport zum Besuch des Lunaports. Eintritt 1 M. — Kameradschaft Köpenick, Mittwoch abend 7 Uhr, Antritt im Grünen Baum. — Kameradschaft Genuß mit Karten und Eintritt an der Veranstaltung im Lunaport. — Kameradschaft Wilmersdorf, Mittwoch abend 6 1/2 Uhr Treffen der vereinten Teilnehmer für den Lunaport. Vorkauf der Karte 50 Pf. bei Müller, Uferstraße 12, Hof 2. K.

## Die Republik hat das Wort!



Die Hunderttausende auf der Treptower Spielwiese.

Am Sonntag wurde eins vollkommen klar, nämlich der Unterschied zwischen den Symbolen des alten und des neuen Reiches. Einst rief die Trommel zum Streit für Kaiser und Fürsten und die Fahne Schwarz-Rot führte uns nur dahin, wo es Greuel, Vernichtung und Tod gab. In Zukunft würde es nicht anders sein. Mit der Fahne schwarzrotgold aber und mit den anspornenden, Freude und Begeisterung weckenden Rhythmen des Reichsbannermarsches verbindet die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes in aller Not und Unzulänglichkeit dieser Zeit die Gedanken des Friedens, der Verständigung, der Freiheit und der freudigen Hingabe eines arbeitsfrohen, seiner Zukunft sicheren Volkes. Keiner dieser 100 000 Reichsbannerleute wußte zur Stunde einen äußeren Feind, gegen den er unter der schwarzrotgoldenen Fahne marschieren könnte. Aber jeder einzelne dieser hunderttausende deutschen Männer und Mädel — diese erschütternde und jäh emporkommende Bewußtheit erhielt man auf dem Plan von Treptow — ist bereit, sein Herzblut für die Idee hinzugeben, die unsichtbar und dennoch gewiß auf den feurig glühenden Spitzen der tausend schwarzrotgoldenen Fahnen dieser herrlichen Armee des arbeitenden Volkes flatterten. Was diese hunderttausend Kameraden aus Berlin, aus der Provinz, aus dem Reich und aus Oesterreich geleistet haben an Opfern persönlicher Art, an Selbstaufopferung und Disziplin für das hohe Gut der Freiheit und der deutschen Einheit, das beansprucht, volle Hochachtung anerkannt zu werden. Wie einst in Magdeburg, wie jüngst in Frankfurt am Main und hier bereits in einem wäler umfassenden höheren menschlichen Sinne, so auch jetzt wieder in Treptow hat das Volk sich selbst erlebt. Es hat gesehen, daß das Reichsbanner über Hunderttausende verfügt, die auch da sind, wenn sie gerufen werden und die ganz bestimmt nicht kommen würden, wenn nicht auch eine innere Stimme sie rief.

### Die Deutschösterreicher im „Vorwärts“.

In den Vormittagstunden des Montag besuchten 40 Mann unserer Parteigenossen aus Deutschösterreich den Vorwärtsbetrieb. Nachdem sie im Bureau des Parteivorstandes begrüßt worden waren, besichtigten sie unter sachkundiger Führung die Zeitungs- und Verlagserei, die Buchbinderei und die großen Rotationsmaschinen. Besondere Bewunderung hatten die Deutschösterreicher für die riesigen Kupfertiefdruckmaschinen, auf denen unsere illustrierten Beilagen hergestellt werden. Nach herrlicher Verabschiedung von den leitenden Genossen und vom Personal fuhren die Gäste zur weiteren Besichtigung Berliner Sehenswürdigkeiten weiter.

### Das öffentliche völkische Aergernis.

#### Berlin wird von den Fremden boykottiert werden.

Was sich die völkischen Spektakelhorden am Sonntag im Berliner Westen an Terrorismus und Unfälligkeiten geleistet haben, spottet jeder Beschreibung. Von allen Seiten gehen uns Zuschriften zu, die geradezu unglaubliche Szenen von der Aktivität dieser politischen Lausbuben berichten. Unschwer ist an Rahe über den Riesenaufmarsch der Republikaner an der Spree erwähnt sich die Hafenkreuzler den Kurfürstendamm zum Rummelplatz ihrer „patriotischen“ Belange. Dieses Gesindel scheute sich nicht, ehrliche Bürger, ältere Herren, die spazieren gingen, grundlos anzuspucken und aufs unfälligste zu beschimpfen. Diese Fliegel sind durch eine gewissenlose Hezpreß so fanatisiert, daß sie sich an Frauen und Mädchen vergriffen haben und das ganze westliche Viertel in einen Zustand der Hafenkreuzdiktatur durch minderjährige Bulle-Söhne versetzten.

Ein ganz besonders roher Ueberfall durch völkische Nordgesellen ereignete sich in der Nacht zum Montag auf dem Fehrbelliner Platz, wo ein kleiner Trupp Reichsbannerleute, der von dem Treptower Volksfest zurückkehrte, von nationalitätlichem Gesindel überfallen wurde. Hierbei taten sich auch Gäste eines in der Nähe befindlichen Cafés her, die, ohne Kenntnis von den Dingen zu haben, unter wilden Hezrufen auf die Bannerleute einschlugen. Ein unbeteiligter Herr, ein Berliner Journalist, der auf seinem Nachhauseweg des Weges kam, wurde von den völkischen Knüppelhelden unter den wüsten Zurufen: „Ender Judenammell! Schlagt ihn tot!“ umringt und mit Stöcken und Knüppeln aufs infamste bearbeitet, bis er verlegt zu Boden stürzte. Bei diesem empörenden Vorfall, bei dem ein Unbeteiligter von dem fanatischen Gesindel aufs schwerste mißhandelt wurde, verhielt sich die Polizei trotz der dringenden Bitten des menschlichen Ueberfallenen völlig passiv und ließ die Ergebnisse des rechtsabulanten Böbels ungehindert geschehen. Und das, trotzdem genügend Polizeikräfte versammelt waren, um die Banditen zurückzuweisen und den Ueberfallenen, wie es die Pflicht der Polizei gewesen wäre, zu schützen. Es muß als wirklich standesdaß bezeichnet werden, daß dem schamlosen Treiben einiger hundert völkischer Spektakelisten nicht ganz anders entgegengetreten wird, als es bisher geschehen ist. Wir fordern mit allem Nachdruck endliche und nachdrücklichste Abhilfe durch die Behörden. Es geht nicht mehr so weiter mit dem völkischen Vandalismus! Vollkommen unverständlich ist die Schlafmüdigkeit der Berliner Stadtverwaltung, die auf der einen Seite den Fremdenverleher fördern möchte und auf der anderen Seite nicht imstande ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung des ihr unterstellten Gemeinwehens so auszugestalten, daß sich friedliche Einheimische und

### 3. FACHMESSE DER

# SCHUH- UND LEDER-WIRTSCHAFT

vom 9.-12. August / AUSSTELLUNGSHALLEN KAISERDAMM

verbunden mit der Ausstellung: „Die Reklame des Schuh- und Lederhändlers“

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags



BERLINER MESSEN



Einblendungen für diese Rubrik sind... heute, Dienstag, den 11. August:

82. Abt. Städt. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde... 83. Abt. Funktionärverein bei Amin, Wälder Str. 25.

Morgen, Mittwoch, den 12. August:

Mitgliederveranstaltungen und Jahrlabende in Groß-Berlin... 1. Abt. 7 1/2 Uhr Schulaula Auguststr. 68.

84. Abt. Die Jahrlabende finden statt: Bezirk 154 und 156... 85. Abt. 7 1/2 Uhr Jugendheim, Lindenstr. 8.

86. Abt. Die Jahrlabende finden statt: Bezirk 154 und 156... 87. Abt. 7 1/2 Uhr Jugendheim, Lindenstr. 8.

Ernst Berbig... Witten in die Freude der Verfallung...

Otto Reim... Allen Genossen, Freunden und Bekannten...

Kapitän - Rautabak... Wer den echten Kapitän - Rautabak...

Adolf Hoffmann... Episoden und Zwischenrufe...

Pistula... Abessinier-Pumpen...

Metalbetten... Stahlmatt, Kinderbetten...

Abessinier-Pumpen... Bären, Füllen, Kravatten...

Wieder Stellunglos!... Illustration einer Person...

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN... Illustration eines Hauses...

Ich hatte drei Hühneraugen... aus denen man sechs machen konnte...

Schleich's Schaumtee-Seifenpulver gratis!... Illustration einer Frau...

Wieder Stellunglos!... Es war nun schon die zweite Stellung in diesem Jahr...

Der Zollkampf im Reichstag.

Die Debatte zur zweiten Lesung.

Nach dem vollzogenen Hinzuwurf der kommunistischen Abgeordneten aus der gestrigen Reichstags-Sitzung tritt verhältnismäßige Ruhe ein. Es spricht der

Abg. Puh (Komm.): Er wendet sich zunächst gegen den Vizepräsidenten Graef. Auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin hätten mehrere deutschnationale Abgeordnete sich laut unterhalten und gesagt:

„Unser Graef hat die Opposition folgepfeifigt und peitscht sie weiter! Notwendig ist ein tüchtiger General, der von den Kerls 200 bis 300 an die Wand stellt!“

(Rufe bei den Kommunisten: Mördergefindel!) Abg. Puh sucht dann nachzuweisen, daß die Zollvorlage eine unerträgliche Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel der arbeitenden Massen herbeiführen werde.

Abg. v. Richtigshofen (Dem.) verweist auf Ausführungen von Prof. Levy im „Berliner Tageblatt“, in denen nachgewiesen werde, daß Deutschlands Lage in der Weltwirtschaft zur Mäßigung in den Zollsätzen nötige.

Im Interesse der Landwirtschaft liege eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Das Gegenteil werde erreicht durch die in der Vorlage enthaltenen Futtermittelzölle. Auch in ihren übrigen Teilen sei die Zollvorlage unannehmbar.

Abg. v. Graefe (D.D.L.) wendet sich in scharfen Worten gegen die „Deutsche Tageszeitung“, deren Schriftleiter K. K. K. seine letzte Rede in verlogener Weise entstellte habe. Die Deutschnationalen und der Landbund, dessen Organ, die „Deutsche Tageszeitung“ sei (Widerspruch bei den Deutschnationalen), hätten die Pflicht, dieser schwindelhaften Zolldemagogie entgegenzutreten. — Der Redner gerät bei diesen Ausführungen in einen heftigen Wortwechsel mit dem Abg. Cavertzenz (Dnat.).

Abg. Frau Wurm (Soz.):

Die Agrarier fordern Landwirtschaftszölle zum Ausgleich für die Industriezölle. Das ist nichts anderes als eine kurzfristige Interessenspolitik auf Gegenseitigkeit. Die Agrarzölle schaffen keine Intensivierung, sondern bringen einen Schutz nur den technisch zurückgebliebenen Betriebsformen. Es ist ein Widerspruch, gleichzeitig Zölle auf Futtermitteln mit den Zöllen für Vieh, Fleisch und tierische Veredelungsprodukte zu verlangen. Hier würde ein Schutzzoll den anderen totschlagen. Daß man die Bevölkerung besser und billiger ohne Zoll ernähren kann, zeigt England, das Hauptimportland für Fleisch, Vieh- und Fleischzölle müssen die Fleischnutzung noch erheblich verschärfen.

Wir sind gegen diese Zölle auch aus dem Grunde, weil sie die handelspolitische Verständigung erschweren würden.

Auch die Erschwerung der Einfuhr von Gefrierfleisch lehnen wir ab. 1924 betrug die Einfuhr von Gefrierfleisch 3,5 Proz. des Gesamtverbrauchs an Fleisch und tierischen Fetten. Eine ernsthafte Konkurrenz für das Gefrierfleisch kommt also hier nicht in Frage. Wir fordern die freie Einfuhr des Gefrierfleisches und lehnen die Kontingentierung ab. Die Rückwirkung der Verteuerung des Viehes muß eine weitere Preissteigerung von Milch, Butter und Käse bringen. Mit welcher Teuerung wir hier noch zu rechnen haben, geht schon daraus hervor, daß die Frischmilch, trotzdem sie noch zollfrei eingeführt werden kann, heute schon 35 Pf. gegen 18 Pf. der Vorkriegszeit kostet. Wie tief die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung jetzt schon ist, erkennt man daran, daß eine dem Konsumverehring angehörige Familie bei uns jährlich für 140 bis 160 Mark kauft, in der Schweiz dagegen für 900 bis 1000 Mark, in England sogar für 1400 bis 1600 Mark. Wie wenig ernst es den Führern der Agrarier mit der Förderung nach der Berufsausbildung der Landwirte ist, sieht man in Thüringen, wo die frühere sozialistische Regierung Berufsschulen geschaffen und der Landbund zu ihrem Boykott aufgerufen hatte. Die jetzige Ordnungsbundregierung hat alle Straßenschilder gegen die Schulbuben an diesem Schultreik wieder zurückgezogen. Wir fordern im Interesse der Intensivierung der Landwirtschaft eine durchgreifende Fortbildungspolitik besonders für die Landjugend.

Von dieser Zollpolitik wird jedoch kein Aufschlag der Landwirtschaft ausgehen.

Aber selbst diese Zölle nennt der unerfährliche Landbund „magere Bissen“. Der Triumph, den heute die Kompromißparteien durch ihre Politik ertingen werden, wird die Niederlage von morgen sein. Die arbeitende Bevölkerung wird sich bei einer solchen Politik nicht beruhigen. Sie wird eine Handelspolitik durchsehen, die nicht einer kleinen Oberschicht, sondern der Mehrheit des Volkes dient. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Obendiek (Komm.) bezeichnet die jetzige Regierung und ihre Reichstagsmehrheit als ein Klasseninstrument des Kapitals zur Wiederhaltung der Arbeiterschaft. Die Zollvorlage sei dafür der beste Beweis.

Abg. Wisell (Soz.):

Die bisherige Entwicklung der Zolltarifberatung — sofern man überhaupt von einer Beratung sprechen kann — zeigt die Situation in klarstem Lichte. Eigenartig muß es berühren, daß gerade das Zentrum, das durch Herrn Lehmann die Unterbindung einer ausbrechenden Diskussion verteidigt und durch Herrn Perilius die Begründung für die Zollpartei geben läßt. Herr Ehrhardt schließlich als Verteidiger der Kommissionsbeschlüsse kommt mit der zühnen Behauptung und dem schönen Trost, daß, wenn die Sozialdemokratie in der Regierung gefassen hätte, die Vorlage wohl ebenso gewesen wäre. Diese Redewendung soll wohl Beruhigung bei den Massen schaffen. Bis auf den Unglücksmenschen Rippel, der nicht lesen kann und daher verkehrt wiedergibt, was ich in der ersten Lesung sagte, hält sich die Rechte sein zurück. Es ist ja eine wahre Freude, daß sich das Zentrum so schüßend vor sie stellt. Das Zentrum als Schirmherr des Rechtsoblast! Als eine erschreckende Offenherzigkeit habe ich es empfunden, daß Herr Dr. Perilius erklärt hat, man mache mit der Zollvorlage einen Schritt ins Ungewisse. Für die Wahi- und Preispolitik innerhalb der deutschen Wirtschaft ist jedoch die Zollvorlage kein Schritt ins Dunkle, sondern ein Schritt in das hellste Licht.

des Preiswunders und der Teuerung auf allen Gebieten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was uns klar vor Augen steht, die Verteuerung der Lebenshaltung, möchte das Zentrum als ungenügend bezeichnen, weil es vielleicht gegenüber den christlichen Arbeitern behaupten will, es habe die Tragweite der Zollvorlage gar nicht absehen können.

Wenn man der Ansicht war, daß die Zollvorlage einen Schritt ins Ungewisse bedeute, warum hat man ihr nicht die wissenschaftlichen Grundlagen gegeben, die man der Zollvorlage von 1902 immerhin durch langjährige Voruntersuchungen gegeben hat? Dem Zentrum wird es wohl mit dem Schritt ins Ungewisse nicht so ernst gewesen sein, denn bisher pflegte es sich nur mit Schritten auf sehr realem Boden abzugeben. Auch das Zentrum kann nicht bestreiten, daß die Zollvorlage der Landwirtschaft und der Industrie

unsozialen Richtung, die die Regierung außer kennzeichnet. Welche schweren Vorwürfe erhebt die Erklärung der Mehrheitspartei eigentlich gegen die Regierung selbst! Sie erkennen an, daß die vollkommene Durchberatung bei der kurzen zur Verfügung stehenden Frist, um zu Handelsverträgen zu kommen, nicht möglich war, um zu einem Definitum zu kommen. In der Hand der Regierung hat es gelegen, viel früher zu einer für die Verhandlungen brauchbaren Zollvorlage zu kommen. Sie hat aber die Zeit vom November bis zum Juni nutzlos verstreichen lassen. Es ist eine ungläubliche Illusion zu hoffen, daß die Fehltritte unserer Handelsbilanz durch erhöhte Inlandsproduktion ausgeglichen werden könnten. Sie müssen die Schwierigkeiten selbst anerkennen, die die Auswirkung der Zölle für die Verbrauchertreife im Gefolge haben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Ausschuhberatungen ist als Argument für die Zollerhöhungen gesagt worden, man müsse erhöhen, um abhandeln zu können (Hört, hört!), man müsse der romanischen Länder Rechnung tragen. Wir glauben, daß wir den Grundzügen des reellen Kaufmannes folgen müssen, der feste und so angemessene Preise fordert, daß deren Billigkeit jeder begreift. Dieser Grundsatz hat auch in der Vorkriegszeit zur inneren Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens beigetragen. Es ist ganz falsch zu glauben, daß man gegen erhebliche Nachlassungen bei hohen Zöllen bessere Kompensationen eintauschen kann. Die Rolle der Jahrmartthändler sollte man anderen überlassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was war die Wirkung der deutschen Zollvorlage im Ausland? Erst vor wenigen Wochen hat sich im englischen Parlament Baldwin in seiner Rede gegen MacDonald auf die hohen Zölle in Deutschland berufen. Geradezu als Hohn wirkt es, wenn behauptet wird, daß der Zoll nicht nur als Unternehmerschutz, sondern auch als Arbeiterschutz aufzufassen sei. (Hört, hört!) Die Schutzvorlage beraubt weite Kreise des deutschen Volkes der Arbeitsmöglichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir die heutigen Steuerlasten aufbringen wollen, dann brauchen wir eine lebhaft pulsierende Wirtschaft. Wir wissen, daß nur bei einer gutgehenden Wirtschaft auch die Arbeiterschaft leben kann, und deshalb stimmen wir mit Ihnen darin überein, daß wir rauchende Schloten, vollbeschäftigte Betriebe und volle Läden brauchen. Aber die Kaufkraft der großen notleidenden Verbrauchertreife muß wiederhergestellt werden durch

billigere Preise und höhere Löhne!

Erst mit billigen Preisen gewinnt auch unsere Wirtschaft die verlorene Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder. Aber die Zollvorlage mit ihren hohen Industrie- und Lebensmittelzöllen macht jede Entwicklung dieser Art unmöglich, sie verteuert die Lebenshaltung und schängt den Großindustriellen Sonderprivilegien zu auf Kosten der breiten Massen. Die hohen Preise der

Industrie machen den Warenexport für manche Gewerbezweige geradezu unmöglich, und mit der verringerten Warenausfuhr geht auch die Arbeitsmöglichkeit verloren.

So läßt die Hochschuhzölle geradezu das Recht auf Arbeit, der Arbeit, die nur allein uns retten kann, wie es einst hieß. Es ist kein Zufall, daß schon im September 1924 die Nationalökonomien und Sozialpolitiker Abkehr vom Schutzollsystem und Übergang zum Freihandel gefordert haben. Die verarbeitende Industrie sieht die durch diese Vorlage kommenden Gefahren, sie ist aber abhängig von der Schwerindustrie und hat sich deswegen nicht genügend zur Wehr gesetzt. Es ist ein wahres Wort, das einer der Herren zur Erklärung seines Stillschweigens aussprach: „Selen Sie einmal mutig, wenn der andere 51 Proz. der Aktien hat.“ Nicht einmal konsequent ist man beim Zolltarif gewesen, denn, wenn eine innere Unlogik ist es, wenn die Rohstoffe mit einem höheren Zoll belegt werden als die Fertigfabrikate. Auch die selbständigen Existenzen im Handwerk und Handel werden geschädigt nicht nur als Konsument und Verkäufer von Waren und Leistung, sondern auch als Produzent, sein Handwerkszeug wird teurer. Ebenso ergreift es dem kleinen Bauer. Die Baumaterialien werden in die Höhe getrieben, alles wird durch die wahnwitzige Zollpolitik verteuert. Bei wichtigen Spezialartikeln, die für die deutsche Industrie lebensnotwendig sind, wird die Einfuhr durch hohe Zölle verhindert. Aber was haben wir im Austausch erteilt? Dieselben Leute, die sich in Eingaben an den Reichstag gegen die Zollerhöhungen wandten, haben bei den Abstimmungen die Zollerhöhungen mitgemacht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Draußen sehen Sie die Folgen dieses Zolltarifs, aber hier sind die Wähler Ihrer Partei blind. Die Industriezölle werden eine schwere Belastung der Verbraucher bringen, die Kulturnotwendigkeiten der breiten Massen des Volkes werden weiter verschlechtert. Sie werden die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt ungünstiger gestalten, dagegen für die Erhaltung der rückständigen Betriebsorganisationen im Inlande sorgen. Aus allen diesen Gründen lehnen wir die Vorlage ab. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Dem.) steht in den Industriezöllen der Vorlage eine schwere Schädigung der Fertigungsindustrie, der mittleren Landwirtschaft, des Einzelhandels und des deutschen Handels. Die Wirtschaftspartei, die sich als Schützerin von Handwerk und Kleingewerbe aufspielt, habe gegen die Ermäßigung der Textilzölle gestimmt, so daß jetzt ein einfacher Übergangsmantel durch den Zoll um 6,75 Mark verteuert werde.

Dieser Zolltarif sei kein Nützling, sondern ein Hindernis für Handelsverträge. Er werde Deutschland in einen verhängnisvollen Weltzollkrieg stürzen.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) bezeichnet die Begründung der Zollpositionen als ganz unzulänglich, ja geradezu verantwortungslos. Wenn der Reichskanzler die Preisentung als sein Ziel bezeichnete, so erinnert man sich beim Vergleich seiner Rede mit dem Zolltarif an die bekannte Anekdote von Rindfleisch und Pfäumen — ein schönes Gericht, wir kriegen's bloß nicht. Die Frauen, denen die Erhaltung der Lebenskraft des Volkes am Herzen liegt, würden die durch die Zölle verursachte Verteuerung der Lebenshaltung am empfindlichsten spüren.

Abg. Lemmer (Dem.) wendet sich vor allem gegen die Zölle auf Rohstoffe für die Fertigungsindustrie. Mit den Eisenzöllen habe

die Schwerindustrie einen Sieg über die für Deutschland besonders wichtige verarbeitende Industrie errungen

und damit die deutsche Gesamtwirtschaft schwer geschädigt. Die Vertreter der Bearbeitungsindustrie in den Parteien der Rechten fühlen sich jedoch schon so abhängig von der Schwerindustrie, daß sie einen ersten Kampf gegen die Verteuerung ihrer Rohstoffe gar nicht führen.

Abg. Frau Weber-Berlin (S.) betont, man dürfe den Zolltarif nicht allein vom Konsumentenstandpunkt aus betrachten, sondern müsse das Interesse der Gesamtwirtschaft im Auge behalten. Die Zollvorlage sei mit Ernst, Sachlichkeit und Gerechtigkeit so aufgebaut worden, daß auch die Verbraucher nicht übermäßig belastet würden.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) sucht an einzelnen Zollpositionen nachzuweisen, daß sie keineswegs die deutsche Wirtschaft fördern, sondern

lediglich die Macht der großen Konzerne stärken

würden. Die Regierung habe sich in unerhörter Leichtfertigkeit von den übelsten Mächtschranken der Interessentenverbände einfangen lassen. Bei der Margarine habe die Zollvorlage die Wirkung, die noch unabhängigen deutschen Margarinefabriken in die großen holländischen Konzerne hineinzuzwingen. Das nenne man dann Schutz der nationalen Arbeit. Der deutschnationale Abg. Paeth habe in einer Eingabe der von ihm geleiteten Arbeitermutterorganisation den 10-Mark-Zoll für gewisse Holzgeräte als unzulässig und untragbar bezeichnet, aber als Abgeordneter für diesen Zoll gestimmt. (Heiterkeit links.)

Abg. Dörmann (Soz.) bekämpft die Eisenzölle, die nach dem Diktat des deutsch-französischen Kartells der Schwerindustrie von der Regierung ausgenommen worden seien. Eine allgemeine Verteuerung der gesamten deutschen Produktion werde die unermeidliche Folge sein. Das Handwerk werde ganz besonders zu leiden haben unter dem Werk der Parteien, die bei jeder Gelegenheit ihre Handwerksfreundlichkeit betonen. Die Arbeiterabgeordneten des Zentrums würden von ihren Wählern noch die Quittung dafür bekommen, daß sie ihren Segen gegeben hätten zu dem Spruch: „Unser täglich verteuertes Brot gib uns heute!“ (Schluß des Berichts im Hauptblatt.)

Aus der Partei.

Zusammenkunft der deutschen Sozialdemokraten Polens. Die deutsche Sozialdemokratie in Ost-Oberschlesien, zu der auch die Bromberger Sozialdemokraten gehören, und die deutsche Arbeiterpartei in Lodz haben sich zu einer Partei zusammengeschlossen, die den Namen „Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen“ trägt. Für die Zeit bis zum nächsten Parteitag ist ein abgestimmter Exekutivauschuss gewählt worden. Damit ist der Zusammenschluß aller deutschsprechenden sozialistischen Gruppen Polens erreicht worden. Glückauf zur Vereinigung!

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr: Veranlasser: Vorstand: Schule Donziger Str. 23. Bericht vom Samstagsjugendtag. — Moderation: Wita Schule Donziger Str. 23. Vortrag: „Stammesbaum des Menschen“, II. Teil. Weiter für Berlin und Umgebung. Ruchmende Getollernung. — Für Deutschland. In Ostdeutschland noch weiter trocken und warm, im Westen verbreitete Gewitter.

Parteitag und Frauenkonferenz.

Parteienossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 13. September, abends 6 Uhr,

nach Heidelberg, Stadthalle, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Bericht des Parteivorstandes. a) Allgemeines. Berichterstatter Johannes Stelling. b) Agitation, Organisation und Kasse. Berichterstatter: Dr. Bartels und Konr. Ludwig. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne. 3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Berichterstatter: Wilhelm Reil. 4. Problem der europäischen Politik (Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale). Berichterstatter: Artur Crispian. 5. Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. Hilferding. 6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll. 7. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Im Anschluß an den Parteitag findet in Heidelberg eine Frauenkonferenz statt.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Frauenbewegung und Sozialdemokratie. Referentin: Frau Marie Juchacz. 2. Die Frau im zukünftigen Strafrecht. Referent: Genosse Saenger-München.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

An der Frauenkonferenz sind zur Teilnahme berechtigt: ein bis zwei Delegierte aus jedem Bezirksverband, die weiblichen Delegierten zum Parteitag, die weiblichen Mitglieder des Reichstags, je ein weibliches Mitglied der Landtage und männliche Genossen, die von der Bezirksleitung mit Mandaten versehen werden.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages können nur behandelt werden, wenn sie von Parteioptionen gestellt und spätestens bis zum 12. August 1925 beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Abs. 2 spätestens am 16. August im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Parteisekretär J. Amann, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13.

Berlin, den 4. Juli 1925.

Der Parteivorstand.

Sondervorteile auf Kosten der Gesamtheit gibt. Das Zentrum weiß, daß diese Zollvorlage einen Schritt ins sehr Gewisse bedeutet, nämlich einen Schritt weiter in das Gewisse der

# Forderungen des Ruhrbergbaues.

## Steuernachlässe. — Soziale Benachteiligung der Arbeiter.

Der Zechenverband für das rheinisch-westfälische Bergbaugebiet hat dem Reichsanwalt eine Denkschrift über die Lage im Ruhrbergbau unterbreitet, so wie er sie auffaßt. Vom Reich wird zum Zweck der Gesundung gefordert: Ermäßigung der Steuerlasten und Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für Kohlentransporte. Gegen die Arbeiter richten sich folgende Forderungen: Abbau der sozialen Lasten, Wiedereinführung der 8 1/2-Stunden-Schicht, Beseitigung des Zwangsgliedsverfahrens.

Ob nicht noch andere Forderungen in der Denkschrift enthalten sind, ist nicht zu übersehen, denn sie liegt bei Abfassung dieser Zeilen nicht im Original vor. In der kapitalistischen Presse sind aber Auszüge enthalten, die ungefähr dem vollen Inhalt entsprechen dürften. Daraus ergeben sich die vorgenannten Forderungen an das Reich und die Bergarbeiter. Sie genügen zur Kennzeichnung der Situation.

Der Zechenverband führt in der Begründung seiner Forderungen aus, daß die arbeitstägliche Förderung von 378 614 Tonnen im Januar auf 331 855 Tonnen im Juni oder um 12,35 Proz. gesunken sei. Die Angaben sind richtig, aber dennoch irreführend. Die Irreführung der bergbaulichen Laien ohne Unterschied ist auch von den Vätern der Denkschrift gewollt. Es soll der Eindruck hervorgerufen werden, als habe die Leistung des einzelnen Bergmanns nachgelassen, womit wiederum die Forderung nach Verlängerung der Schichtzeit von 8 auf 8 1/2 Stunden ihre Begründung finden soll. Für diesen Zweck stehen auch die Zahlen über die arbeitstägliche Förderung im Vordergrund der Begründung. Eine laubere Absicht.

Die arbeitstägliche Förderung ist kein Beweis für die Schichtleistung eines Bergmanns. Einmal wird in der Denkschrift selbst ausgeführt, daß die Belegschaft im Ruhrbergbau von 472 605 Mann im Januar auf 438 493 Mann Ende Juni, also um 36 115 Mann gleich 13 Proz. gesunken ist. Es ist also festzustellen, daß der Rückgang der Belegschaft stärker ist als die Minderung der arbeitstäglichen Förderung. Dann wurden im Juni sehr viel Feierschichten eingelegt, wodurch wiederum die arbeitstägliche Förderung beeinträchtigt wird. Ihre Errechnung geschieht, indem die Gesamtförderung des Monats durch die Zahl der Arbeitstage dividiert wird. Werden nun viel Feierschichten eingelegt, wie das leider in den letzten Monaten der Fall war, dann vermindert sich bei dieser Art der Errechnung die arbeitstägliche Förderung. Das ist natürlich den Vätern der Denkschrift und auch anderen Personen, die mit dem Wesen des Bergbaues vertraut sind, bekannt, aber der allgemeinen Öffentlichkeit nicht, und auf deren Beeinflussung kommt es den Bergbauunternehmern in erster Linie an. Demgegenüber sei noch gesagt, daß der Schichtförderanteil der bergmännischen Belegschaft — es sind dies alle auf den Bergwerken beschäftigten Arbeiter, ausschließlich jener, die in den Kokereien und der Nebenproduktengewinnung tätig sind — im Durchschnitt des Monats Mai 908 Kilogramm gegen 901 Kilogramm im Januar betrug. In 1913 betrug der Schichtförderanteil eines bergmännischen Belegschaftsmitgliedes 934 Kilogramm. Wenn die Förderung in den vergangenen Monaten nicht gedrosselt worden wäre, würde unfreilich der Schichtförderanteil von 1913 erreicht sein. Der Schichtförderanteil der Hauer und Behrhauer von 1913 mit 1802 Kilogramm wurde im Mai 1925 stark überschritten, denn er betrug 1831 Kilogramm. Die Unternehmer können aus dem Leistungsergebnis der Bergarbeiter keine Begründung für eine Verlängerung der Schichtzeit finden. Darum hüten sie sich auch, dieses Ergebnis anzuführen, sondern arbeiten mit dem Begriff der arbeitstäglichen Förderung zum Zweck der Irreführung. Entscheidend für die Beurteilung des Leistungsergebnisses ist bei normaler Betrieb der Schichtförderanteil. Aber auch dieser Anteil kann beeinflusst werden. Wenn eine Betriebsleistung den Nachweis führen will, daß der Leistungseffekt rückgängig ist, dann braucht sie nur größere Anteile der Belegschaft in Reparatur- und Wartungsarbeiten zu verlegen, und die gewollte Wirkung ist erzielt.

An eine Verlängerung der Schichtzeit ist nicht zu denken. Acht Stunden, im tiefen Schoß der Erde, fern von Licht und Luft, umgeben von drohenden Gewalten, ist überlang genug. Haben die Unternehmer den Willen, ihren Plan durchzuführen, und ist ferner die Regierung bereit, sie dabei zu unterstützen, dann ist der drohende Kampf, der am Ende des vergangenen Monats im englischen Bergbau zu beginnen schien, nach Deutschland verlegt. Das kann gesagt werden, ohne den Bergarbeiterverbänden, die darüber zu entscheiden haben, vorzugreifen.

Die Unternehmer führen in der Denkschrift weiter aus, daß die Gehalts- und Lohnkosten einschließlich aller sozialen Lasten je Tonne Kohle 11,05 Mark betragen. Wie erklärt sich diese Zahl? Darüber wird in der Denkschrift, nach den Aussagen der Presse, nichts näheres gesagt. Dies aber wäre dringend erforderlich. Für Mai liegen Angaben über den Durchschnittslohn vor. Er betrug nach dem „Blut-Auf“, berg- und hüttenmännische Zeitschrift, 6,80 Mk. je Schicht. Bei einem Fördereranteil von 908 Kilogramm je Schicht beträgt der Arbeiterlohnanteil an einer Tonne 7,48 Mark. Für Beamtengehälter wurden früher 8 Proz. des Arbeiterlohnes beansprucht. Nimmt man an, daß der Beamtenabbau sich nicht in der gleichen Weise wie der Arbeiterabbau vollzogen und sich der prozentuale Anteil dadurch verschoben hat und rechnet 10 Proz. des Lohnanteils der Arbeiter für Beamtengehälter, dann würden rund gerechnet 0,75 Mk. für Beamtengehälter oder 7,48 + 0,75 = 8,23 Mark für Gehaltsanteile und Arbeiterlohnkosten bei einer Tonne Förderung erforderlich sein. Hinzuzurechnen sind noch die sozialen Lasten mit 1,10 Mk., so daß sich Lohnkosten, Gehaltsanteile und soziale Lasten für eine Förderertonne auf 9,33 Mk. belaufen. Von der Förderung werden nun 10 Proz. im Selbstverbrauch der Zechen aufgeführt, so daß sich der errechnete Kostenbetrag von 9,33 Mk. um 10 Proz. = 0,93 Mk. auf 10,26 Mk. erhöht. Wie kommen die Unternehmer auf 11,05 Mk.? Darüber muß Aufschluß gegeben werden. Die Differenz beträgt 0,79 Mk. je Tonne oder bei 7,5 Millionen Tonnen Absatz im Monat annähernd 6 Millionen Mark.

Die Unternehmer fordern ferner die Beseitigung des Zwangsgliedsverfahrens. Vielleicht macht diese Forderung den Bergarbeitern klar, daß die Bergwerksbesitzer in allen Angelegenheiten rücksichtslosen Kampf wollen, woraus auch sie sich einzustellen haben. Eine andere Frage aber ist, ob die Allgemeinheit sich nach strengen Auseinandersetzungen im Bergbau sehen kann. Als die Herren glaubten, das Zwangsgliedsverfahren könnte ihnen vorteilhaft sein, waren sie durchaus damit zufrieden. Nun aber, da sie glauben, genügend Wirtschaftsmacht zu besitzen, wünschen sie seine Beseitigung. Der Kampf ist ihnen sehr geschwollen.

Die englischen Bergwerksbesitzer haben durchgesetzt, daß ihnen die Regierung zur Vermeidung eines schweren Wirtschaftskampfes eine Subvention zusagte. Sie hat ihre Genehmigung auch durch Mehrheitsbeschluß im Parlament erhalten. Die Ruhrbergwerksbesitzer verlangen nun eine Subvention auf 11 Millionen Ermäßigung der Steuern.

Welche Pflicht hat die Regierung angesichts des Vorgehens der Unternehmer? Sie muß die Einderufung des Kohlenwirtschaftsparlamentes, des Reichskohlenrates fordern. Hierzu ist der Reichswirtschaftsminister gemäß § 32 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz berechtigt. Dem Reichskohlenrat muß die Gelegenheit gegeben werden, in amtlicher Eigenschaft zu der Unternehmerrdenkschrift Stellung zu nehmen und sich gutachtlich zu ihr zu äußern. Dies zu tun ist seine Pflicht. Dessen sind sich auch die Unternehmer sehr wohl bewußt. Sie umgehen mit Unbilligkeit diese Einrichtung und wenden sich direkt an die Regierung in der Hoffnung, daß sie dabei besser fahren. Der Reichskohlenrat

hat die Pflicht der genauen Nachprüfung aller Angaben. Davon muß nunmehr, angesichts des Vorgehens der Unternehmer, Gebrauch gemacht werden. Die schwere Lage im Bergbau soll nicht verkannt werden, aber einseitige Angaben der Unternehmer hierüber verdienen keinen vollen Glauben. Bevor etwas unternommen wird, was so aussteht, als solle den Wünschen der Unternehmer nachgegeben werden, muß volle Klarheit über die Lage geschaffen sein. Klarheit über die Lohnkosten, sozialen Lasten, Gehaltsanteile, Materialkosten usw. In allen diesen Punkten bestehen die größten Meinungsverschiedenheiten. Auch über die tatsächlichen Erlöse bestehen große Meinungsverschiedenheiten. Die Kohlenwirtschaftsorgane haben das Recht der genauen Nachprüfung. Hiervon muß nunmehr im Interesse des Volksganzen rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, sonst haben diese Einrichtungen ihre Daseinsberechtigung verwirkt.

## Die Hege gegen das Saarabkommen.

Als das Saarabkommen kürzlich abgeschlossen wurde, wurde dies allgemein begrüßt. Man sah in diesem Wirtschaftsabkommen den ersten Schritt einer endgültigen Verständigung zwischen der deutschen und französischen Regierung. Das reindeutsche Saargebiet kann der Hilfe des einstigen Mutterlandes, mit dessen Absatzmärkten es durch tausend Fäden verbunden ist, nicht entbehren. Ueberdies ist die Zeitspanne bis zum Jahre 1935 nur noch kurz, wo es sich endgültig durch Abstimmung entscheiden soll, ob das Saargebiet deutsch oder französisch wird. Es wird sehr wesentlich auf die Stimmung der Bevölkerung einwirken, wie sich Deutschland gegenüber dem saarländischen Industriegebiet bis dahin verhält.

Nach der westdeutschen Schwerindustrie schien den Wiederausgleich des Saarlandes mit Deutschland bisher zu begünstigen. Ist es doch nicht unwesentlich, ob jenes hochentwickelte Industriegebiet an der deutschen Südwand, das seit Jahrzehnten in reger Wechselwirkung mit dem Ruhrgebiet stand, an Frankreich fällt oder zum Mutterland zurückkehrt. So fand am 18. Juni demonstrativ die Tagung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Saarbrücken statt. Bei den Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie war man deutscherseits ohne weiteres bereit, wenigstens sind ernsthafte Widerstände in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, den saarländischen Teil des Einfuhrkontingents an Roheisen und Stahl zollfrei nach Deutschland herein zu lassen.

Um so eigentümlicher nimmt sich jetzt die Hege aus, die von schwerindustriellen Vätern gegen das Saarabkommen getrieben wird. So veröffentlicht die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 4. August einen Artikel „Preisgabe des Ruhrgebiets?“, in dem scharf gegen das Saarabkommen Stellung genommen wird. Danach soll das Abkommen geeignet sein, „der Wirtschaft an der Ruhr tödliche Wunden zu schlagen“. Es wird dann weiter auseinandergesetzt, daß die zollfreie Einfuhr einen schweren Wettbewerb für die Ruhrindustrie bedeute. Die Saarindustrie hätte weder mit den Einschränkungen der Erzeugung wie die Ruhrindustrie zu rechnen, noch sei sie an die Preispolitik der deutschen Werke gebunden. Dies klingt eigentümlich angesichts der Tatsache, daß die organisierte Einschränkung der Ruhrindustrie eine durchaus freiwillige ist und mit der scharfen Kartellierung der deutschen Industrie und mit der monopolistischen Beherrschung des Innenmarktes zusammenhängt. Irrer wir nicht, so wird die vom Saargebiet hereinkommende Eisemmenge von den Verbänden der Eisenindustrie abgenommen und innerhalb Deutschlands vertrieben, wenigstens war dies eines der Kernstücke des deutsch-französischen Eisenabkommens der Interessenten. Der Wettbewerb der Saarwerke wird also erstens auf ein gewisses Kontingent beschränkt, das sich mit der Einfuhrquote der Kohlenabgabegemeinschaft (für August 35 Proz.) automatisch lenkt und zweitens von den Kartellen gemildert, da diese den Vertrieb besorgen. Das Saargebiet liefert heute an Eisen weniger nach Deutschland als vordem. Selbst wenn dieser Wettbewerb fühlbar werden sollte, so muß man doch fragen, was es hätte werden sollen, wenn das Saargebiet noch deutsch wäre oder wieder zu Deutschland kommen würde.

Die „Bergwerkszeitung“ beschwert sich darüber, daß zwischen den Saarwerken und den lothringischen hätten eine Abmachung getroffen wurde, wonach letztere für jede nach Deutschland ausgeführte Tonne Eisen eine Abgabe erhalten soll. Auch dieses ist durchaus nichts Neues, es stand bereits bei Abschluß des Vertrages in Aussicht. Doch zur Demagogie werden die Ausführungen der DZ, wenn sie sich also vernehmen läßt: „Eine gewichtige Waffe, die man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg hätte benutzen können, legt man so im voraus aus der Hand und stellt die Eisenindustrie an der Ruhr à la merci Frankreichs.“ Was haben die Ruhrindustriellen anders getan als ihre Interessen vor allem anderen gestellt? Es ist an dieser Stelle des öfteren Klage darüber geführt worden, daß die deutsche Regierung die wichtige Frage der Eisenindustrie aus der Hand gab, ohne sie als wichtige Ausgleichsposten gegenüber Frankreich benutzen zu können. Und im Rahmen dieser privaten Abmachungen hält sich das Eisenkontingent des Saarabkommens.

Die ganze Hege ist weiter nichts als ein Feldzug gegen die in Aussicht stehende Ratifizierung des Abkommens durch die deutsche Regierung (von Frankreich wurde es bekanntlich schon ratifiziert). Das dürfte ziemlich eindeutig aus dem Schlußabsatz des Artikels hervorgehen: „Das also hat man heimgebracht (gemeint sind die Einfuhrfreihheiten für deutsche Fertigprodukte) und für so wichtig gehalten, daß man dafür sozusagen den ganzen deutschen Eisenmarkt der französischen Industrie zur beliebigen Verfügung gestellt hat. Was und kann die Reichsregierung ihre Zustimmung zu einem solchen Abkommen wirklich ernsthaft in Erwägung ziehen?“

Es liegt unseres Erachtens kein Grund vor, die Ratifizierung des Saarabkommens hinauszuschieben, selbst wenn einige tausend Tonnen Eisen zu geringeren Preisen nach Deutschland kommen sollten, was gewisse Interessenten gleich als einen Verberb ansehen.

**Zölle oder Boykott!** Die österreichische Alpine Montan-gesellschaft, die größte roheisenschaffende Industrieergänzung Österreichs, hat sich vor einiger Zeit an den Hauptverband der Industrie gewandt, um die Einleitung einer Aktion zur sofortigen Einföhrung von sog. Kontingentszöllen für Eisen zu verlangen. Der Hauptverband hat die Anregung der Alpine Montan-gesellschaft unter Berufung auf die Interessen der eisenverarbeitenden Industrie abgelehnt. Die Alpine Montan-gesellschaft hat nunmehr an den Hauptverband der Industrie ein neues Schreiben gerichtet, das einer Krisenerklärung der Roheisenindustrie an die Fertigungsindustrie gleichkommt. In dem Schreiben wird ausgeführt, daß die Alpine Montan-gesellschaft alle Bergankündigungen für die eisenverarbeitende Industrie bedingungslos zurückziehe und von nun an ihre eigenen Wege gehen werde, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

# Verbandstag der Gemeindearbeiter.

Vierter Verhandlungstag.

Frankfurt a. M., 8. August.

Zur Beratung steht der 6. Punkt der Tagesordnung: Die Bildungsaufgaben der Organisation. Redakteur Dittmer begründet hierzu eine Entschließung, in der es heißt: „Der Verbandstag erneuert seine Magdeburger Beschlüsse zur Bildungsfrage. Um eine plammäßige und umfangreiche Bildungsarbeit im Sinne dieses Programms zu ermöglichen, ist zunächst in der Zentrale ein besonderer Bildungssekretär anzustellen, der die Vorbereitungen für die neu zu schaffenden Bildungs- und Ferienkurse zu treffen hat. Die Filialen werden ersucht, daneben nach Möglichkeit die systematische Durchbildung ihrer Mitglieder energisch zu fördern und in stärkerer Maße als bisher die Presse des Verbandes nutzbar zu machen, sowie die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“ in Mitgliederkreisen zu verbreiten, ferner für den Ausbau von Filialbibliotheken zu sorgen.“

In der mehrstündigen Aussprache wurden alle Fragen der Bildungsmöglichkeit erörtert, die den Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Durchweg wurde anerkannt, daß die Frankfurter Akademie der Arbeit ein unentbehrliches Institut zur Ausbildung gewerkschaftlicher Funktionäre darstellt; die Lehrgänge jedoch müßten verlängert werden. Hervorgehoben wurde aber auch, daß die sozialdemokratische Presse von den Gewerkschaftlern gelesen werden muß, damit sie über die wirtschaftlichen Zusammenhänge genügend unterrichtet werden. Der Vorstandsvorsitzende wies darauf hin, daß es viele Organisationen gibt, in denen nicht eine einzige sozialdemokratische Zeitung gelesen wird. Die von dem Referenten befürwortete Entschließung wird mit dem Zusatz angenommen, daß in den einzelnen Gauen Bildungsausschüsse gebildet werden sollen. Ueber

## Tarifrrecht in öffentlichen Betrieben

spricht an Stelle des beruflich verhinderten Genossen Prof. Dr. Singheimer sein Mitarbeiter Genosse Dr. Neumann. Der Redner definiert zunächst den Begriff des Rechts der Autonomie der Gewerkschaften. Die erste Frage ist die: Ist es notwendig und zweckmäßig, daß die Gewerkschaften zur Erreichung ihrer Ziele die Rechtsfähigkeit erlangen, das heißt, eingetragene Vereine werden?

Die Verbände der Unternehmer besitzen alle die Rechtsfähigkeit; sie können tarifbrüchige Kontrahenten schadenersatzpflichtig machen. Bei der gegenwärtigen Rechtslage, nach der die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften mit ihrem ganzen Vermögen für Tarifbrüche haftpflichtig gemacht werden können, erscheint es nicht unzulässig für sie, die Rechtsfähigkeit zu erlangen. In den Entwürfen zu den Arbeitsgerichtsgesetzen ist jedoch vorgesehen, daß die Gewerkschaften in allen Tarifrfragen die Rechtsfähigkeit erlangen können, ohne daß sie gerichtlich eingetragen werden. Diese Art der Sicherung ihrer Rechte ist den Gewerkschaften nur zu empfehlen.

Wie steht es nun mit dem Koalitionsrecht an sich und mit dem Schutz des Koalitionsmitgliedes und des Außenleiters? Das Reichsgericht hat entschieden, daß auch der Außenleiter gerichtlich geschützt sein soll. Die gefälligen Vereine hatten einen klägerischen Anspruch auf die Mitgliederbeiträge, die Gewerkschaften nicht. Das Reichsgericht hat vor acht Tagen in einer Entscheidung diesem unwürdigen Zustande ein Ende gemacht.

Die Zahl der Zwangstarife nimmt gegenüber den freien tariflichen Vereinbarungen erheblich zu. Von einzelnen Fachkennern wird behauptet, der Zwangstarif sei konfessionell, er sei koalitionsfeindlich. Ein Recht könne nie konfessionell sein, er verbietet ja auch den Streit nicht, beschränkt ihn allerdings. Es ist aber eine Frage, ob der Zwangstarif beibehalten werden soll. Vor dem Krieg hätte man jeden Zwangstarif als Unsin bezeichnet. So lange im Reichstag keine sozialistische Mehrheit besteht und die Möglichkeit zu einer sozialistischen Regierungsbildung fehlt, müßten die Gewerkschaften den Zwangstarif ablehnen. Eine wichtige Forderung der Gewerkschaften ist zunächst die, zu verlangen, daß der Schlichter nur im Einverständnis der Gewerkschaften ernannt und zurückgerufen werden kann. Ferner müssen sie darauf bestehen, daß das Schlichtungsverfahren nur unter Zustimmung der beteiligten Organisationen eingeleitet werden darf. Endlich müssen sich die Gewerkschaften dagegen wenden, daß ihnen im Zwangstarif eine Friedenspflicht von bestimmter Dauer auferlegt wird. Wenn die Gewerkschaften die Verantwortung tragen sollen und auch wollen, dann ist der Zwangstarif überflüssig.

Schaum (Berlin) und Bich (Leipzig) brachten in der Diskussion zum Ausdruck, die Gewerkschaften müßten dafür sorgen, daß der Schlichter frei sein müsse in seinen Entschlüssen; er dürfe nicht an die Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums gebunden sein.

## Arbeiterpolitik in Reich, Staat und Gemeinde.

Bei der Behandlung dieser Frage wies der Referent, Genosse Paul Hirsch, jetziger Bürgermeister von Dortmund, zunächst darauf hin, daß es vor dem Kriege um die Rechte auch der Gemeinde- und Staatsarbeiter bedeutend schlechter gestellt war. Die besten Forderungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurden nicht einmal einer Würdigung unterzogen. Wenn es später besser geworden ist, dann war das die Folge der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisation und des Einflusses der sozialdemokratischen Vertretungen in den Gemeindeparlamenten. In demselben Maße aber, in dem die Gemeinde- und Staatsarbeiter sich der gewerkschaftlichen Mittel der in den Privatindustrien beschäftigten Arbeiter bedienen, machten sich auch die Bestrebungen der Regierungen und Unternehmer zur Wiederrückbildung der Arbeiterorganisationen geltend. Der Redner erinnert an die angeordneten Strafverfügungen bei Streikvergehen. Alle diese Zustände haben nach der Revolution eine völlige Aenderung erfahren. Die Gemeinden sind gefählich gehalten, für ihre Arbeiter soziale Einrichtungen zu schaffen. Tatsächlich ist die Lage der Arbeiter in den Gemeinden und öffentlichen Betrieben, trotzdem der Schlichter frei sei in seinen Entschlüssen, nicht rosig. Die Löhne sind nur 1/2 so hoch wie vor 15 Jahren; sie reichen nicht aus, um das Leben zu fristen. Was die sozialen Einrichtungen anlangt, liegen die Verhältnisse in Preußen günstiger als im Reich. Daraus ergibt sich, daß der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Kampf um die politische Macht ist. Von den politischen Rechten, die die Revolution den Arbeitern gegeben hat, müssen sie den richtigen Gebrauch machen.

In der Schlußsitzung am Sonnabend wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress durch Urwahl zu erfolgen hat. Ein weiterer Antrag verlangt die Entsendung einer Studentenkommision nach Rußland, um die dortigen Verhältnisse zu studieren. Lehnt die Sowjetregierung die Einreiseerlaubnis für den von der Kommission bestimmten Dolmetscher ab, so nimmt die Kommission ihre Arbeit nicht auf. Der Antrag wird dem Vorstande überwiesen. Das gleiche geschieht mit Anträgen, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung beziehen. Der Verbandstag forderte ferner die Reichsregierung auf, eine durchgreifende Erhöhung der Bezüge für die Kriegsoffer und Hinterbliebenen sowie der Klein- und Sozialrentner auf dem schnellsten Wege durchzuführen.

Um den nächsten Verbandstag bewerben sich die Filialen Kiel, Halle a. S. und Köln. Der Verbandstag entscheidet sich für Köln. Für die Beschaffung des internationalen Gewerkschaftskongresses werden vier Wahlbezirke gebildet. Es werden gewählt Bed (München), Heinz (Köln), Polenste (Berlin) und Ihle (Hamburg).

Vorsitzender Münter weist in seinen Schlußausführungen darauf hin, daß der Verband im nächsten Jahr sein dreißigjähriges Bestehen feiert. Der Verband ist bereit, zu kämpfen und die Kampffähigkeit zu erhöhen. Der Kampf um die Auswirkungen des Dawes-Gulattens beginnt erst. Der Verband sei einig, in der Einigkeit liegt der Sieg auch der Gemeindearbeiter.

## Volk, es ist dein Tag!

Von Not entsacht, vom Recht erdacht  
Und für das Volk geschrieben,  
So ward Verfassungswort vollbracht,  
So wollen wir es lieben.  
Wir traten böjes Erbe an,  
Umwogt von Sturm und Lohem.  
Du Volk in Not, dein Steuermann  
War feig und fahl gestochen.

Du hast nicht an dich selbst gedacht,  
Volk, eifern in Gefahren.  
Wie bestelken um Weg und Wacht,  
Die deine Henker waren!  
Dir war das Herz zu froh und leicht,  
Als du das Land besessen,  
Und wem der Sinn zu mild erweicht,  
Der mag zuviel vergessen.

Nun höhnen sie, nun ächten sie  
Das Werk, das wir vollendet!  
O hätte Lust die Kräfte nie  
Wie Sonnenspiel verschwendet!  
Das Wort der Herren streut in Wind  
Die Furcht aus Freiheitsjahren,  
Wie sie dem Volke dankbar sind,  
Wir haben es erfahren.

Das freie Volk hat edlen Sinn  
In's Wort vom Recht getragen,  
Der Menschenwürde Anbeginn  
Und rechter Liebe Wagen.  
Vom Hunger nicht, nur Wort vom Recht,  
Von Lust, und nicht von Leiden.  
Das Wort wird kühn ein frei Geschlecht  
In Sang und Sonne kleiden.

Es ist dein Tag und will es sein,  
Dein Sieg soll dir gehören,  
Magst du in sattem Sonnenschein,  
Mußt du in Schatten schwören.  
Dich ziert kein freudig Festgewand  
Und darfst doch aufrecht schreiten:  
Es leuchtet Schrift aus deiner Hand  
Im heiligen Geist der Zeiten.

Das Wort ist Kraft, das Wort ist Groß  
Und wird nicht Menschen weichen.  
Volk, Maß des Jorns ist überfluß  
Und schäumt in dunklen Zeichen.  
Wer deuten kann, der soll es frei  
Den Arbeitsbrüdern künden:  
Es wird ein Wort wie Sturm und Schrei  
Der Freiheit Fackel jünden.

Franz Rothensfelder.

Das Auto der Zukunft. Die rapide Zunahme des Automobil- und Flugverkehrs in den letzten Jahren läßt befürchten, daß die Weltvorräte an Benzin und Benzol in absehbarer Zeit erschöpft sein werden. Seit geraumer Zeit sind denn auch Versuche im Gange, den Kraftfahrzeugbetrieb von diesen Brennstoffen unabhängig zu machen. So versucht man in jüngster Zeit, dem in stationären Betrieben und auf Schiffen seit vielen Jahren bewährten Dieselmotor eine für Fahrzeugzwecke brauchbare Form zu geben. Zum Betrieb von Dieselmotoren finden bekanntlich schwerentzündliche Öle wie: Rohöl, Gasöl, Paraffinöl, Teeröl usw. Verwendung, die auf der Erde in solchen Mengen vorkommen, daß sie den Bedarf auf lange Zeit hinaus zu decken vermögen.

## Marina.

Von Gabriela Preissook.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von A. Berchtold.)

Jura knirschte mit den Zähnen und rüttelte in ohnmächtigem Zorne an einem Zweifelhäutchen an der Ecke des Schusterhauses. Seine Kehle zog sich mit grimmigem Zorne leidenschaftlich zusammen. Er wäre in diesem Augenblick instande gewesen, den Schuster Hasil, wenn dieser ihn jetzt gefragt hätte, was er hier auf fremdem Boden zu suchen habe, niederzuschlagen wie seinen größten Feind. Wie konnte sich dieser Hamster die wunderhübsche Straßenräumerstochter Marina angeeignet haben, deren Augen leuchteten wie zwei Johannistafelchen? Dieser Ausschuß, den man nicht einmal zum Soldaten brauchen konnte und dem man das Heiraten hätte verbieten müssen!

Diese schreiende Ungerechtigkeit hatte das Schicksal dem selbstbewußten Jura bereitet, ihm, dem besten Tänzer in der Umgebung, in dessen Armen die Weiber beim Tanze aufblühten, wie die Blumen, die er in seinem Gärtchen beim Eisenbahnwäckerhaufe zog, und welche die Bewunderung der vorübergehenden Weiber erregten.

Die fast neue Türe des Schusterhäuschens blieb geschlossen, ihre zierlichen Zinnknöpfe blühten widerwärtig, so wie jene an der Pforte des bekannten Gerichtshauses in der Stadt, wo Jura einmal zu 50 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, weil er sich in einem Dorfe als fremder Bursche mit den einheimischen ein wenig rauschte. Hinter einer solchen Gerichtstüre erwägt und beurteilt man jede Kleinigkeit überaus genau. Dort könnte der Mensch nicht einmal aufjauchzen dürfen, ohne gestraft zu werden. Aber wozu braucht der kleine Schuster auf der Höhe hier eine so prahlerisch beschlagene Tür? Dieser Dummkopf!

An allen drei Fenstern waren auch Eisengitter angebracht, genau so wie in einem Kerker. Und damit nicht einmal die Sonne die Marina und ihren Schuster erblicke, waren die Fenster noch mit Aematis, blühenden Bohnen, Passionsblumen und Fuchsen verunkelt. Ach, er konnte von ihnen schon jede Blüte und jeden Stengel, so oft hatte er sie in den letzten Tagen angestarrt. Denn er eilte immer rasch hierher zu den Fenstern, sobald er von seinem Wäckerhaus sah, daß sich der Schuster Hasil mit seiner großen Tasche aus dem Hause entfernte, um in der Stadt seine Einkäufe an Leder zu machen, oder wenn er am Sonntag nachmittags ins Gasthaus ging, um sein Bier zu trinken und die Zeitung zu lesen. Jura hatte in letzter Zeit jeden Ausgang des Schusters ausgespäht, aber trotzdem konnte er niemals einen freundlich verstehenden Blick des jungen Weibes zu seinen Gunsten verbuchen. Verschloß sie sich vielleicht auf Befehl ihres Vannes? Warum sollte sie diesem widerwärtigen Menschen so sklavisch gehorchen? Die Einfältige!

## Ich heirate meine Frau.

Das Ergebnis einer Follter.

Von Otto Salzmann.

Lachen Sie nicht! Sie dürfen nicht meinen, ich hätte mich scheiden lassen, um dann meine Frau wieder zu heiraten. Nichts dergleichen! Ich habe gestern meine Frau geheiratet — obgleich wir bereits seit zehn Jahren verheiratet sind.

Bitte halten Sie mich nicht für verrückt! Ich bin nicht verrückt, meine Frau ist nicht verrückt, wie auch Sie nicht verrückt sind. Aber Sie können verrückt werden, wenn Sie erfahren, warum ich gestern meine Frau heiraten mußte, richtig mit Standesamt

## Spießer-Schicksal.



Das wird das Ende sein von Zoll und Steuern:  
Der deutsche Spießer stürzt sich selbst ins Grab.  
Er merkt nicht, wie sie Alles ihm verteuern:  
Bald fällt der Dummkopf in den Sumpf hinab!

und Kirche heiraten mußte, obgleich wir bereits zehn Jahre verheiratet sind, richtig mit Standesamt und Kirche verheiratet sind. Wenn es Sie antommt, darüber verrückt zu werden, so trösten Sie sich: es ist mir genau so gegangen.

Wissen Sie, was ein überflüssiger Mensch ist? Ein überflüssiger Mensch ist ein Mensch, der arbeiten will, aber keinen Platz findet, auf dem er arbeiten kann.

Sie sagen, daß es eine Follter nicht gäbe, weil die Follter in Deutschland ja bereits seit zwei Jahrhunderten abgeschafft sei. Ich erwidere Ihnen: die Follter ist in Deutschland wieder eingeführt! Ich erwidere das, weil ich auf der Follter gelegen habe; ich bin zehn Monate ein überflüssiger Mensch gewesen.

Ich wurde ein überflüssiger Mensch, als das Bankgeschäft, das mir fünf Jahre einen Arbeitsplatz geboten hatte, überflüssig geworden war.

Ich wurde ein überflüssiger Mensch, aber ich wollte kein überflüssiger Mensch sein. Darum habe ich 243 Bewerbungsschreiben verfaßt und 243mal meinen Lebenslauf geschrieben. Daraus ist wurde ich 94mal zur persönlichen Vorstellung aufgefordert und eben-

sooft mit der Aussicht auf umgehenden Bescheid wieder fortgeschickt. Ich bin 94 Abende mit der Hoffnung eingeschlafen, am nächsten Morgen als ein Mensch aufzuwachen, der nicht mehr überflüssig war. Aber ich habe an 94 Morgen schwarz auf weiß bescheinigt erhalten, daß die Hoffnung mich genarrt hatte.

Erkennen Sie, daß ich im Recht bin, wenn ich sage: die Follter ist in Deutschland wieder eingeführt?

Ich konnte nicht begreifen, warum ich ein überflüssiger Mensch bleiben sollte. Aber meine Frau hatte es begriffen: Ich war verurteilt, ein überflüssiger Mensch zu bleiben, weil ich einen Arbeitsplatz suchte, der mich, meine Frau und unsere Kinder ernähren sollte, hingegen Tausende meiner Mitmenschen einen Arbeitsplatz suchten, der nur einen Menschen ernähren sollte. Nicht wahr, das ist eine einfache Rechnung! Ich wurde blaß vor dieser einfachen Rechnung, aber meine Frau bewies mir, daß es besser sei, auf die Frauen- und Kinderzulage zu verzichten, als verurteilt zu sein, ein überflüssiger Mensch zu bleiben.

Darum hörte ich mit meinem 244. Bewerbungsschreiben auf, verheiratet zu sein. Auf mein 250. Bewerbungsschreiben wurde ich zur persönlichen Vorstellung aufgefordert. Ich lag einem Menschen frech ins Gesicht: ich sei unverheiratet! Ich verleugnete Frau und Kinder — aber damit hatte ich endlich aufgehört, ein überflüssiger Mensch zu sein.

Ich war nun unverheiratet — obgleich ich bereits seit zehn Jahren verheiratet bin. Wissen Sie, was es heißt, unverheiratet zu sein, obgleich man bereits seit zehn Jahren verheiratet ist? Ich sage Ihnen: Sie können Tränen lachen über eine Welt, die den Menschen zum Possenspiel zwingt, obgleich sie selbst dabei die Rolle des Hanswurst spielen muß. Aber Sie können auch die Wut kriegen.

Ich aber bin zum Possenreißer erniedrigt worden. Ich bin acht Monate zwischen Lüge und Wahrheit hin und her getaumelt. Ich dachte, der Follterkammer zu entflüchten, als ich aufhörte, ein überflüssiger Mensch zu sein. Aber wie hatte ich mich getäuscht! Ich war nur auf eine andere Follterbank gelegt worden.

Ich beschloß, einen letzten Versuch zu wagen. Ich beschloß, zu heiraten. Ich beschloß, meine Frau zu heiraten, mit der ich bereits zehn Jahre verheiratet bin, richtig mit Standesamt und Kirche.

Ich kann hier nicht verraten, wie ich es angestellt habe, denn Standesämter und Kirchen sollen es nicht erfahren. Sie wollen es aber gern wissen, weil Sie ein überflüssiger Mensch sind und lieber Ihre Frau heiraten wollen, als verurteilt zu sein, ein überflüssiger Mensch zu bleiben? Gut! Dann schreiben Sie mir unter Postlagerkarte 1324 576 809, Berlin N.D.S. Ich stehe Ihnen jeden Freitag ab 7 Uhr abends zur Verfügung.

Ja, leider nur am Freitag! An den anderen Tagen nämlich sinne ich darüber nach, wie meine drei Kinder wohl noch einmal geboren werden können — obgleich sie bereits geboren sind: richtig mit Hebamme, Standesamt und Kirche geboren sind.

Wie, jetzt kommt es an Sie an, wirklich verrückt zu werden? Auf Wiedersehen dann — in Daldorf.

Wie Keller Paris mit Balzacs Augen sah. In Gottfried Kellers großer Verdichtung „Der Apotheker von Chamounix“ befindet sich eine wundervolle Schilderung von Paris, in der die Nischenstadt von der Anhöhe des Père Lachaise im Abendgold der untergehenden Sonne geschaut ist und mit ihrem gewaltigen Leben einen unergieblichen Gegenlag zu den Gräbern und Grabdenkmälern des Friedhofes bildet. Nun ist Keller nie in Paris gewesen, konnte also dieses Dichterbild nicht aus eigener Anschauung schaffen. Die Schilderung muß daher aus eigenen literarischen Eindruck zurückgehen, und Max Ruffberger hat jetzt, wie er in einem Aufsatz der Monatschrift „Die Literatur“ berichtet, die Quelle entdeckt. Es ist eine Stelle in Balzacs Roman „Die Frau von dreißig Jahren“, in der mit großartiger dichterischer Kraft die Ansicht der Seinestadt gegeben ist, wie sie sich „unter den friedlichen Zypressen des Père Lachaise“ ausbreitet. Vor allem aber ist es das Nebeneinander von Tod und Leben und der dadurch hervorgerufene unergiebliche Eindruck, den Keller in dieser Romanstelle bei Balzac fand und der in ihm einen verwandten Akkord anklingen ließ. Auch er hat ja dies Motiv verschiedentlich, so in einem Sonett und in der Novelle „Die Lege“, gestaltet. Es war wohl der Doppellang des dichterischen und malarischen Empfindens, der Keller in Balzacs Schilderung so stark berührte, und als er eine ebensolche Stimmung in seiner Verdichtung anschlagen wollte, da stand er unbewußt unter dem Eindruck des großen Meisters des Romans.

Draußen im Freien war es zu dieser Zeit so wunderschön, daß sich jedes Küferchen seines Lebens erfreute, und ihm selbst schwindelte der Kopf vor Lebensfreude, weil ihn der böse Krieg nicht gefüllt hatte, wie eine Kornähre. Gott sei Dank, daß er nicht geblieben war, dort unten bei den Rumänen oder Italienern! Daher war er auch, trotzdem er ein Gottesläugner war, manchmal der Besehung demütig dankbar. Ist es doch ein Glück zu leben! Wenn nur noch die Engel das seitene Weibchen, die Marina, welche er während der Kriegsjahre unglücklicherweise verpaßt hatte, wenigstens jetzt in seine Arme führen wollten! Was würde er dafür opfern, wenn sie die Seine werden könnte. Noch nie in seinem Leben hatte ihn ein Weib so bezaubert! Wie gefühllos spielt doch das widerwärtige Schicksal mit den Menschen!

Jura überfiel plötzlich eine Bangigkeit. Der blaue Junitag summite kein süßes Liedchen mehr, die Spägen hüpfen leise ohne Gezwickler vor dem Gebäude, und von dem roten Dach gafften zwei graue Tauben still in die Welt hinaus, nur die Linden atmeten ihren betäubenden Duft aus. Jura mußte sich mit Gewalt halten, um nicht ins Weinen auszubrechen. Was wird jetzt aus seiner großen, starken Liebe!

Marina verstand sich still im Hause wie ein Mäuschen, nicht einmal beim Fenster zeigt sie sich. Sie ist doch nicht auf den Kopf gefallen, daß sie nicht erriete, warum er hier herumsteigt! Sie muß sicher erraten, was mit ihm geschieht, warum er sich hier wie ein Narr herumtreibt! Aber sie kommt mit Absicht nicht! Oh, er möchte sie gern zähmen, er würde sich für eine solche Gefühlslosigkeit rächen!

Schon damals hat sie ihn ganz gut verstehen müssen, damals, als er sie am Ostermontag zum Tanze aufforderte! Sie sagte ihm: „Sie müssen meinen Mann um Erlaubnis bitten, dort dieser Kleine — welcher Regel schießt.“ Der hochgewachsene Jura lachte ein bißchen, als sie ihren Mann „der Kleine“ nannte, ging aber doch den Schuster ersuchen, daß er mit seiner Frau tanzen dürfe. Und gleich bei den ersten Tanzschritten begann er mit ihr vertraulich zu sprechen: „Sie sind mir gleich, als Sie eintraten, aufgeflogen. Ich weiß schon, daß Ihr Name Marina ist.“

„Jetzt heiße ich aber schon Hasil“, entgegnete sie ruhig: „wir haben unser eigenes Häuschen dort oberhalb der Lindenallee.“ Sie blieb stehen und deutete über das Tal, welches durch die Sonne stark beleuchtet war, auf die gegenüberliegende Anhöhe.

Er hatte schon früher diese Lindenallee gekannt, neben der eine kleine Kapelle stand, aber das Haus des Schusters hatte er nicht beachtet. Marina schien ganz stolz zu sein auf dieses ihr Heim. Darum vielleicht hatte sie sich mit dem Schuster eingelassen, dachte Jura, und als sie wieder anfangen zu tanzen, ließ er sich vernehmen: „Ich werde schon bald den Weg zu Ihnen finden, Sie werden sehen!“

„Und was wollen Sie bei uns machen?“ entgegnete sie, ihn taum mit den Augen streifend. „Nun, wegen Ihres Schusters werde

ich gewiß nicht kommen —“, sagte der Bursche lech. „Aber damit es nicht auffällt, kann ich ja auch ein paar Schube bestellen!“

Sie blühte ihn verständnislos an, Jura lachte hell auf und preßte sie stürmisch an sich. In diesem Augenblick drückte sie ihre Hände so kräftig gegen seine Brust, daß er sie auslassen mußte. Dann konnte er mit ihr nicht mehr tanzen, denn sie stellte sich ganz nahe bei der Regelbahn zu ihrem Manne und hatte fortwährend an seinem Rockärmel etwas abzustauben. Jura aber ahnte ganz richtig, daß sie seine Worte ihrem Manne nicht wiederholen werde. Tanzen wollte er nicht mehr, die übrigen Frauenzimmer interessierten ihn nicht.

Er lehnte sich unter dem Wagenschuppen auf die Baumstämme und warf hier langsam den Tauben die Lebzeltbroden vor, von dem Marzipanherzen, das er früher gekauft hatte, und das er jetzt niemandem geben wollte und verfolgte die Marina unausgesetzt mit den Augen. Sie schien es zu ahnen, denn sie drehte sich zweimal nach ihm um.

Jura kannte doch die Weiber ebenso wie die seltenen Blumen seines Hausgärtchens! Die weißen, roten, blauen und gelben Blumen, alle drehen sie sich sehnsüchtig nach der Sonne — sie wollen aufblühen und gefallen, bevor sie verwelken müssen.

Jura hatte viele fremde Länder als Soldat durchzogen. Es er schließlic in Gefangenschaft kam; da wurde er zuerst Holzhacker, dann Kutscher auf einem Gute. Überall waren die Weiber gleich, überall hingen sie sich an ihn, angezogen durch seine stramme Gestalt und sein selbstbewußtes Lächeln. Zwei hatte er in verzweifelter Bangigkeit zurückgelassen. Oh, der Teufel soll sie holen! Warum hat ihn aber jetzt diese Marina zur Vergeßung gebracht? Gott im Himmel, welche Prüfung kommt über ihn, was wird aus seiner starken Liebe zu Marina werden?

Bis jetzt hatte er nur ruhig angeknöpft, ist geduldig herumgegangen vor dem Hause, nun aber hämmerte er gewaltig auf die nicht zu erbrechende Tür los. Aha, das hatte sie doch gewagt, sie meldete sich nun ängstlich von innen: „Warum lärmten Sie hier so entseßlich? Der Meister ist nicht zu Hause, wenn Sie ihn sprechen wollen, kommen Sie am Abend!“ Juras Stimme klang erregt, als er ihr antwortete: „Ich suche nicht den Schuster, mit Ihnen, Marina, möchte ich gern sprechen, wenigstens ein Weibchen! Deffnen Sie doch die Türe, ich bin ja kein Räuber, und betrunken bin ich auch nicht. Böses tue ich Ihnen nichts, nur sprechen muß ich mit Ihnen.“ Eine Weile blieb es still, dann entgegnete sie: „Kommen Sie also zum Fenster.“ Sie hob zwei Blumenstöpsel mit Füchsen zur Seite, öffnete die äußeren Fensterflügel und sprach leise: „Wenn man Sie hier sähe, böse Sachen würde man von mir denken; ich weiß nicht, was ich Ihnen getan habe, daß Sie mich so ins Berede der Leute bringen wollen!“

(Fortsetzung folgt.)

